

des Landtages, daß damit die Schwierigkeiten aus dem Wege geräumt würden, die sich bisher der Regierungsumbildung entgegengestellt haben. Es sind also rein parlamentarische Sorgen, die die Nationalsozialisten veranlassen, einen solchen Antrag auf Neuwahl des Landtages zu stellen. Draußen unter den werktätigen Massen — auch unter den Anhängern der Nationalsozialisten — geht aber eine ganz andere Sorge um, die Sorge, wie sie aus dem ungeheuren Elend herauskommen, in das sie durch die Krise und die Regierungspolitik hineingekommen sind. Und zu diesem Kapitel hat Herr Kube bisher gar nichts gesagt. Ich gehe wohl nicht fehl in der Annahme, daß die Nationalsozialisten bei der bevorstehenden Wahlagitation viel mehr Vertrauen zu der Unterstützung haben, die dieser Wahlagitation behördlicherseits zuteil werden wird, als zu den Argumenten, mit denen bisher von nationalsozialistischer Seite zu der Notlage der werktätigen Massen Stellung genommen worden ist.

Herr Kube hat hier ein Protokoll vorgelesen — die Angelegenheit ist nicht sehr neu; denn wir Kommunisten haben bisher, ohne die dokumentarischen Beweise so zur Hand zu haben, wie sie jetzt in Gestalt des Protokolls vorliegen, immer die Behauptung aufgestellt, daß bei Wahlen die Regierungsparteien aus den Mitteln der Steuergroschen der werktätigen Massen durch die Regierung unterstützt werden. Das ist zwar immer bestritten worden, aber was von der Regierung bestritten wird, wird damit keineswegs unwahr. Es ist immerhin sehr wichtig, durch ein solches Protokoll diese Behauptung vor aller Öffentlichkeit bestätigt zu sehen. Aber, Herr Kube, haben Sie damit nicht feurige Kohlen auf das Haupt der jetzigen Reichsregierung gesammelt? Es ist doch ganz klar, daß jede Regierung versuchen wird, ihre parlamentarische Basis zu verbreitern, daß sie auch alle Mittel einsetzen wird, um die Parteien zu unterstützen, die ihr diese parlamentarische Basis verschaffen sollen. Wird nicht auch die jetzige Hitler-Papen-Hugenberg-Regierung bei dem bevorstehenden Wahlkampf Staatsmittel in Anspruch nehmen, um ihre Parteien zu unterstützen?

Die Hoffnungen der Nationalsozialisten bei dem bevorstehenden Wahlkampf stützen sich sehr stark auf diese Unterstützung durch die Reichsregierung und ihre Behörden — sei es in barem

Gelde, sei es dadurch, daß der Rundfunk und andere staatliche Einrichtungen ihnen fast ausschließlich zur Verfügung gestellt werden, um die Wahlagitation zu betreiben. Grund zur Entrüstung über diese Verwendung der Steuergelder liegt also nur auf der Seite der Steuerzahler vor.

Die Nationalsozialistische Partei ist jetzt von einem wahren Wahlfieber erfaßt, sie setzt alle ihre Hoffnungen auf die Parlamentswahlen. Die Auffassungen waren früher in der Nationalsozialistischen Partei anders. Erst als ihr durch die großen Wahlerfolge die Möglichkeit eröffnet wurde, auf diesem „legalen“ Wege Machtpositionen im Staate zu besetzen, hat sich die parlamentarische Einstellung der Nationalsozialisten sehr stark entwickelt. Aber wir Kommunisten sagen den werktätigen Massen, daß nicht im Parlament ihre Lebensfragen entschieden werden, sondern daß um diese Lebensfragen klassenmäßig gekämpft werden muß. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.)

Sie sprechen davon, daß Sie den Klassenkampf beseitigen wollen. Aber die Tatsache, daß die Kapitalisten über die Produktionsmittel verfügen, daß sie bestimmen, was produziert wird, ob Arbeiter eingestellt oder entlassen werden, die Tatsache, daß der größte Teil des deutschen Grund und Bodens sich in den Händen einer kleinen Oberschicht von Agrariern befindet, die bestimmen, was auf dem Grund und Boden angebaut wird, die Tatsache, daß die Finanzierung der gesamten Produktion durch die Hochfinanz erfolgt, in deren Händen sich das Kapital befindet — diese Tatsachen können Sie nicht aus der Welt reden, die bestehen doch! („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Solange eine kleine Minderheit über die Produktionsmittel verfügt und die übergroße Mehrheit des Volkes, mehr als 90 Prozent, nicht zu bestimmen hat, ob und was produziert wird, solange das Volk in seiner ganzen Lebensexistenz von einer kleinen Oberschicht abhängig ist, kann weder durch Reden noch durch Wahlen eine Änderung herbeigeführt werden. Eine Änderung ist nur zu schaffen, wenn die Klassenscheidung des Volkes in Besizende und Nichtbesizende beseitigt wird. Aber die Bourgeoisie verzichtet nicht freiwillig auf den Besitz an Eigentum — nicht von dem ehrlich erworbenen Eigentum des kleinen Mannes spreche ich hier, sondern von dem Eigentum an Produktionsmitteln, an

Grund und Boden. Sie mögen noch so starke Argumente zur Beruhigung Ihrer Anhänger verwenden, aber die Kräfte, die die Reichspolitik bestimmen, die hinter jeder bürgerlichen Regierung stehen, die Hochfinanz, ob jüdischer oder christlicher Observanz, die Schwerindustrie, die Großagrarien — diese Kräfte wollen die Klassenscheidung in Besitzende und Besitzlose für alle Ewigkeit erhalten. Dieser Klassengegensatz ist also nur dadurch zu beseitigen, daß der Minderheit dieses Besitzrecht durch die Mehrheit des Volkes genommen wird, und das ist nur durch den Klassenkampf möglich, nicht durch irgendeine Verständigung zwischen den Klassen. Mögen Sie sich hier im Landtage oder im Reichstage mit dieser oder mit jener bürgerlichen Partei über die Zusammensetzung der Regierung verständigen; die Klassenscheidung wird nur im offenen Klassenkampfe der Massen durch den Sturz der Bourgeoisie beseitigt werden. Das ist unumstößliches Gesetz.

Nun glauben die Nationalsozialisten, daß jetzt durch eine Neuwahl des Reichstages die Hoffnungen, die sie durch ihren Eintritt in die Regierungskoalition mit Hugenberg und Papen in großen Teilen der werktätigen Massen glauben erweckt zu haben — Hoffnungen, daß jetzt Herr Hitler erfüllen wird, was er versprochen hat —, dazu beitragen werden, ihnen bei der nächsten Reichstagswahl weitere Stimmen zuzuführen. Aber die Frage, über die in vier Wochen entschieden werden wird¹, wird die Frage sein, was jetzt unmittelbar die Regierung tut, um die wirtschaftliche Notlage der Massen zu erleichtern. Da kann man nicht mit der Erklärung kommen, daß man vier Jahre benötige, um das wirtschaftliche Chaos zu beseitigen, das in 14 Jahren angerichtet worden ist. Dieses Chaos und Massenelend besteht nicht nur in Deutschland, sondern in allen kapitalistischen Ländern, auch in dem Lande, wo das faschistische Ideal bereits in der Staatsform seinen Ausdruck gefunden hat, in Italien. Auch dort sind Erwerbslosigkeit, Not und Elend der werktätigen Schichten so groß, daß sich trotz der schärfsten Unterdrückung jeder freiheitlichen Bewegung eine starke Rebellion der Massen bemerkbar macht — auch in den Reihen der faschistischen Regierungsanhänger. Die Wahlentscheidung wird sich also etwas an-

¹ Gemeint ist die Wahl zum Reichstag am 5. März 1933. *Die Red.*

ders gestalten als die Hoffnungen, die die Nationalsozialistische Partei planmäßig unter den werktätigen Massen zu erzeugen versucht.

Der Eifer, mit dem die Nationalsozialisten jetzt die Wahlen betreiben, ist sehr durchsichtig. Als wir Kommunisten im September vorigen Jahres beantragten, mit den Novemberwahlen zum Reichstage auch die preußische Landtagswahl zu verbinden, hat Herr Kube zur Begründung der Ablehnung des Antrages durch die Nationalsozialisten erklärt, daß sie sich das Gesetz ihres Handelns nicht von einer anderen Partei vorschreiben ließen; es sei zweckmäßig, während einer Zeit, wo der Reichstag aufgelöst sei, in Preußen das Parlament aufrechtzuerhalten, um dem damaligen Reichskommissar Bracht nicht jede Möglichkeit der größten Willkür beim Wahlkampf zu lassen. Herr Heilmann hat schon auf die damalige Bemerkung des Abgeordneten Kube hingewiesen, daß nicht etwa der Reichskommissar das Recht habe, den Landtag aufzulösen. Wir Kommunisten stehen ebenfalls auf dem Standpunkt, daß, wenn sich im Landtage oder in dem Dreimännerkollegium — zu dem nicht Papen, sondern Braun gehört — keine Mehrheit für die Auflösung findet, keine andere Möglichkeit der Auflösung des Landtages besteht. Immerhin würde es für die Klärung der gegenwärtigen Situation von Interesse sein, welche anderen Maßnahmen die Reichsregierung oder der Reichskommissar ergreifen wollen, wenn von diesen beiden Körperschaften der Landtag nicht aufgelöst wird. Der Grund, warum im September vorigen Jahres die Nationalsozialisten unseren Auflösungsantrag ablehnten, war die Tatsache, daß nach dem großen Wahlerfolg der Hitlerpartei am 31. Juli die Wähler über die Politik der Nazis sehr enttäuscht waren. Das hat sich am 6. November in dem Verlust von 2 Millionen Stimmen gezeigt. Damals war es also die Sorge der nationalsozialistischen Fraktion, daß sie bei einer Verbindung der Landtags- mit der Reichstagswahl im Landtag einen ähnlichen Verlust an Mandaten erleiden könnte. Herr Kube hat heute richtig eingewandt, daß immerhin 5 Monate seitdem vergangen sind und sich in der Zeit einiges geändert hat. Der Regierungskuhhandel, der damals sehr eifrig zwischen den Nationalsozialisten und der Zentrumspartei betrieben worden ist, ist nicht zum Abschluß ge-

kommen, und es hat sich auch im Reich sehr viel geändert. Wir anerkennen durchaus diese Veränderung der politischen Situation zwischen dem September vorigen Jahres und gegenwärtig.

Aber was hat sich denn besonders für die werktätigen Massen seit dieser Zeit geändert? Hat sich etwa ihre wirtschaftliche Lage gebessert, oder sind die Aussichten dazu besser geworden? Nein, im Gegenteil! Die Lage der werktätigen Massen hat sich in diesen fünf Monaten außerordentlich verschlechtert („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.), so daß auch die proletarischen Anhänger der Nationalsozialisten im starken Maße gegen die wachsende Existenzunsicherheit rebellieren und stürmisch eine Änderung dieses Systems fordern. Aber was die Nationalsozialisten jetzt, da sie in der Reichsregierung sind, machen werden, das wird die Hoffnungen nicht erfüllen, die selbst in ihren Reihen auf den Regierungseintritt der Herren Hitler, Frick und Göring gesetzt werden. Warum? Das ist eine sehr einfache Rechnung! Sie sind nicht in der Lage, die Ursachen dieses Massenelends durch Regierungsdekrete zu beseitigen. Es werden ihnen von den Kapitalgruppen, die die Direktiven für die Regierungspolitik geben, keinerlei Freiheiten nach der Richtung eingeräumt werden, Maßnahmen zu ergreifen, durch die die Ursachen des Elends, die im kapitalistischen System liegen, irgendwie eingedämmt werden.

Die Nationalsozialisten haben doch selber herzlich wenig Willen dazu, daß in dieser Regierungskoalition etwa irgendwelche ernste Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenshaltung der unteren Schichten des Volkes ergriffen werden. Die Grundlage dieser Regierung ist das bekannte Papensche Wirtschaftsprogramm gegen die werktätigen Massen. Deswegen haben ja die Schwerindustrie und die Großagrarien Herrn Papen zum homo regens des Herrn von Hindenburg bestimmt. Er soll in ihrem Auftrage Sicherheiten innerhalb der Regierung dafür schaffen, daß nicht etwa unter dem Druck der Volksmassen Maßnahmen ergriffen werden, durch die auch nur im geringsten der Profit und die Rechte der herrschenden Klasse angetastet werden. Bei den bevorstehenden Wahlen wird die Wahlfreiheit des werktätigen Volkes vollständig in Frage gestellt.

Nach der Ankündigung des Herrn Goebbels und den Maßnahmen der jetzigen Minister der Nationalsozialistischen Partei in

der Reichsregierung werden also die Wahlen Terrorwahlen sein, bei denen in der schärfsten Weise gegen die Oppositionsparteien vorgegangen werden wird. Es gibt allerdings nur eine Oppositionspartei, das sind die Kommunisten. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten. — Zuruf bei der NSDAP: „Die ist auch danach!“) Sie ist so, daß die Regierung so großes Geschrei über sie machen muß. — Es ist zwar der „Vorwärts“, das Zentralorgan der Sozialdemokraten, auf drei Tage verboten worden; die Regierung tut aber der Sozialdemokratie wirklich unrecht, denn ihre Führer geben sich doch alle Mühe, die Massen von einem ernsten Kampf gegen die Hitlerregierung zurückzuhalten — wir machen ihnen deshalb schwere Vorwürfe. Die Regierung sollte sich also in ihrem Interesse nicht so sehr um das Zustandekommen der Einheitsfront zwischen Sozialisten und Kommunisten bemühen. („Hört! Hört!“ bei der NSDAP. — Zuruf bei der NSDAP: „Wie ist denn euer ernster Kampf?“) Warum geht denn die Regierung mit so schwerem Geschütz gegen die Kommunistische Partei, mit Verboten ihrer Zeitungen und Kundgebungen vor, wenn diese Partei für die Regierung keine Gefahr bedeutet, wenn diese Partei nicht die werktätigen Massen zum aktiven Kampf gegen sie und den Kapitalismus führt? („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.)

Es hat bereits ein großer Terror gegen die Kommunistische Partei eingesetzt, weil sie die Massen zum Streik, zum Generalstreik gegen diese Regierung des kapitalistischen Systems aufruft. Ich möchte dazu nur zwei Zeilen aus den Antworten verlesen, die der nationalsozialistische Parlamentsdienst im Februar 1932 brachte, wo Herr Adolf Hitler auf 10 Fragen Auskunft gab, unter denen die dritte lautete: Welche Stellung nimmt Adolf Hitler zum Streik ein? Er antwortete: Die Hitlerbewegung anerkennt der Arbeiterschaft das Recht des Streiks, solange das heute herrschende unsittliche kapitalistische Wirtschaftssystem in Deutschland besteht. („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten. — Zuruf bei der NSDAP: „Wirtschaftsstreik!“) Streik gegen das System! — Wollen die Nationalsozialisten etwa behaupten, daß mit dem Eintritt der Herren Hitler, Frick und Göring in diese Regierungskoalition das kapitalistische System aufgehoben sei? Aber Herr Hitler sagte, daß es das Recht der Arbeiterschaft sei, den Streik anzuwenden, solange dies System besteht. Das wollen

wir Kommunisten wirklich. Wir wollen die Arbeiterschaft fähig machen, durch die Anwendung eines ihrer stärksten Kampfmittel, durch die Verweigerung der Arbeitskraft, die Durchsetzung ihrer Forderungen zu erzwingen und mit diesem Kampf schließlich auch das System zu beseitigen.

Die Hitler-Papen-Hugenberg-Regierung hat bereits mit dem stärksten Terror gegen die Kommunistische Partei eingesetzt, die die Massen befähigen will, den Kampf gegen das kapitalistische System siegreich durchzuführen. Darum jetzt das Verbot der Demonstrationen, das Verbot aller Kundgebungen, ihrer Zeitungen, darum Anweisungen an die Polizei, auch bei Wahlkundgebungen mit schärfsten Mitteln gegen die Arbeiterklasse vorzugehen, Anweisung, die Funktionäre zu verhaften, darum Beschlagnahme von Agitationsmaterial, Durchsuchung der Parteihäuser. Wir sagen der Hitlerbewegung: Wenn sie die Terrormaßnahmen der Weimarer Koalitionsregierungen gegen die Kommunistische Partei anwendet, dann wird sie nur darüber Aufklärung schaffen, daß sie nicht eine Regierung für die Werktätigen, sondern eine Regierung zum Schutze des Großkapitals ist. („Sehr richtig!“ und lebhafter Beifall bei den Kommunisten.) Die übelsten Lügen werden über das Ergebnis der Durchsuchungen unserer Parteibüros verbreitet. Außerordentlich gefährliches Material über Generalstreik, bewaffneten Aufstand, Zersetzung usw. soll gefunden worden sein. Dabei bringen die Redakteure, selbst wenn sie so nachbarlich zusammenwohnen wie die des „Völkischen Beobachter“ und des „Angriff“, einander widersprechende Berichte. Während der „Angriff“ behauptet, daß sehr schwer belastendes Material im Karl-Liebknecht-Haus gefunden worden sei, schreibt der „Völkische Beobachter“:

Die große Aktion, die vorgestern von der Politischen Polizei gegen die kommunistische Organisation geführt wurde, hat, wie vorauszusehen, nicht das geringste Ergebnis gehabt.

Wenn man die Öffentlichkeit über das, was eine Polizeiaktion gegen die KPD ergeben hat, belügen will, sollte man sich vorher darüber verständigen. Was der „Völkische Beobachter“ schreibt, ist richtig. Jawohl! Wir sind selbstverständlich gegen solche Poli-

zeiaktionen gerüstet. Es ist ganz richtig, was die Kriminalbeamten bei der Durchsuchung des Hauses gesagt haben: Es hat doch gar keinen Zweck, daß man uns in dieses Haus schickt; da ist doch nichts mehr! — Aber was wir haben, das sitzt in den Herzen und Köpfen der werktätigen Massen: die revolutionäre Gesinnung, die Kampfentschlossenheit. Die kann man nicht beschlagnahmen, gerade das ist Ihre große Sorge.

Diese Maßnahmen zur Terrorisierung der Kommunistischen Partei werden ergänzt durch eine maßlose Hetze gegen sie. Herr Hitler hat als Parteiführer der NSDAP einen Aufruf an die SA- und die SS-Männer herausgegeben, in dem er sagt:

Die kommunistische Mordorganisation hetzt seit Tagen in unverantwortlicher Weise gegen die nationale Erhebung.

Wir erheben von dieser Stelle aus den schärfsten Protest gegen diese Behauptung des Herrn Hitler. (Zuruf bei der NSDAP: „Protestiert lieber gegen eure Mordel!“) Wenn wir eine „Mordorganisation“ wären, müßten alle Staatsanwälte zum Teufel gejagt werden, weil sie gegen diese „Mordorganisation“ nicht schon längst vorgegangen sind. (Zuruf bei der NSDAP: „Das kommt noch!“) Gewiß, Sie können natürlich jedes Recht vergewaltigen, wenn Sie an der Macht sind. Aber jede Vergewaltigung des Rechts hat sowenig Bestand wie etwa das Sitzen auf den Spitzen von Bajonetten. Verlassen Sie sich darauf! (Zuruf bei der NSDAP: „Betrachten Sie denn das Morden als ein Recht?“) Wenn ich mich mit Ihnen darüber auseinandersetzen sollte, von wem gemordet wird, dann würden wir wohl stark zusammengeraten. Wir haben in einem Urantrag eine ganze Liste von bewaffneten Überfällen und Mordtaten der SA und SS auf Kommunisten und andere Arbeiter eingereicht; aber der nationalsozialistische Landtagspräsident hat die Drucklegung unseres Antrages wegen der Kennzeichnung dieses Terrors verhindert. („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten.) Die nationalsozialistische Fraktion erhebt in Kleinen Anfragen und Anträgen unausgesetzt die schwersten Mordbeschuldigungen gegen die Kommunistische Partei, die der Landtagspräsident anstandslos passieren läßt. Aber wenn wir Kommunisten in einem Antrag erklären, daß blutiger Terror der SA und der SS gegen die Arbeiterschaft verübt wird, beanstandet

der Präsident des Landtages diese Formulierung. Wir haben Listen darüber aufgestellt, wo von SA- und SS-Leuten auf Arbeiter geschossen und eingestochen wurde, wo sie verletzt oder ermordet worden sind.

Wir Kommunisten haben immer wieder in öffentlicher Erklärung gegen den Mord von Arbeitern Stellung genommen. Die Kommunistische Partei hat das größte Interesse daran, daß die Auseinandersetzungen zwischen ihr und den Nationalsozialisten nicht mit dem Revolver und dem Dolche, sondern durch den grundsätzlichen politischen Kampf erfolgen. (Zuruf bei der NSDAP: „Ihr kommt aber nicht in unsere Versammlungen!“) Solche Versammlungen, zu denen Sie uns einladen, in denen Sie aber die SA bereit halten, um über uns herzufallen, werden wir nicht aufsuchen. In Ihre Friedrichshain-Versammlung waren 14 Arbeiter mit einem Betriebsrat gekommen, der sich mit Ihnen über den Kampf in den Betrieben gegen das Unternehmertum auseinandersetzen wollte. Die 14 Arbeiter haben aber kaum gesessen, da ist auf sie eingeschlagen worden, obwohl man doch nicht behaupten kann, daß diese 14 Arbeiter die 5000 Nazianhänger provoziert hätten. Wir Kommunisten werden uns nicht mit den Naziführern in ihren Versammlungen auseinandersetzen, aber wir werden die Arbeiter in den Betrieben und auf den Stempelstellen zu Versammlungen auffordern. Dort werden wir uns nicht nur mit den Nationalsozialisten, sondern auch mit den Sozialdemokraten auseinandersetzen, weil wir wollen, daß die Arbeiterschaft begreift: Es gibt nur ein Mittel, aus dem Elend herauszukommen, und das ist der einheitliche Klassenkampf gegen die Bourgeoisie!

In dem Wahlauf Ruf der Regierung wird mit starken Worten gegen den Bolschewismus Stellung genommen. Aber weder durch starke Worte noch durch Terror werden Sie die revolutionäre Bewegung ausrotten, die nicht — wie behauptet wird — durch die Hetze von Moskau getragen wird. Der Klassenkampf war vorhanden, lange bevor die Kommunistische Internationale existierte. Die ganze geschriebene Geschichte der Menschheit besteht aus dem Klassenkampf zwischen Unterdrückten und Unterdrückern; er geht hervor aus der Klassentrennung zwischen Besitzenden und Besitzlosen; er ist kein Produkt des Bolschewismus

oder der Kommunistischen Partei. Was man aber von dem Bolschewismus und der Tätigkeit der KPD sagen kann, ist, daß dadurch die Arbeiterklasse die Fähigkeit erlangt, in diesem Kampfe zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie zu siegen.

Die Anklagen der Nationalsozialisten gegen das Weimarer System müssen wirkungslos bleiben, weil Sie ebensowenig wie die Weimarer Parteien die werktätigen Massen aus diesem Elend herausführen, sondern es nur vermehren. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Sie kämpfen doch gegen die Kommunistische Partei, die den Kapitalismus vernichten will. Ergibt sich daraus nicht die selbstverständliche Folgerung, daß die Nationalsozialisten den Kapitalismus stützen und verteidigen? Diese Folgerung muß jeder Arbeiter ziehen, weil die NSDAP ihm nicht in seinem Kampfe beisteht, sondern ihm dabei in den Rücken fällt.

Die Terrormaßnahmen gegen die kommunistische Bewegung, die Androhungen, mit Ausnahmegesetzen und Verbot der Partei wegen ihres Kampfes gegen die Hitler-Papen-Hugenberg-Regierung vorzugehen, kündigen an, daß die bevorstehenden Wahlen die schlimmsten Terrorwahlen sein werden, die wir bisher erlebt haben. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Die Anweisungen, die der Reichskommissar Göring an die Polizei gegeben hat, sollen es der Kommunistischen Partei unmöglich machen, in den Wahlversammlungen zu den Maßnahmen der Hitlerregierung Stellung zu nehmen. Die werktätigen Massen fragen, ob das Wahlfreiheit ist, wenn die Kommunistische Partei vom Wahlkampf ausgeschaltet werden soll. Wenn die Hitlerregierung den Massen Brot und Arbeit geben könnte, dann könnte sie vielleicht die Massen noch täuschen. Aber in diesen vier Wochen bis zur Wahl wird die Erwerbslosigkeit noch weiter zunehmen und die Not der Arbeiter und der Bauern noch weiter steigen. Glaubt denn die Regierung, daß ihr die Massen einen Wechsel ausstellen und ihr die Stimmen geben werden auf das Versprechen hin, erst in vier Jahren dieses grausame Geschick der Massen liquidieren zu wollen? Die Nationalsozialisten haben den Massen zuviel versprochen, als daß sie sie heute mit einer solchen „Anleihe beim Bolschewismus“ — mit einem Vierjahresplan beruhigen könnten. Wenn in der Sowjetunion ein länger befristeter Plan aufgestellt wurde, so liegt der Unter-

schied darin, daß in der Sowjetunion mit dem Fünfjahresplan der Aufbau des Sozialismus durchgeführt wird, während von der Hitlerregierung ein Vierjahresplan verkündet wird, der den Wiederaufbau des Kapitalismus bringen soll. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Die Nationalsozialisten wollen das kapitalistische System nicht vernichten, das sagen sie schon ganz offen. Wenn sie das tun wollten, dann würde Herr Hitler keine vier Wochen in dieser Regierung sitzen. Über die Zusammensetzung der Regierung entscheiden doch die kapitalistischen Wirtschaftskreise, in deren Auftrag die Regierung zu handeln hat. Es besteht die Möglichkeit, daß die Reichstagswahlen und auch die jetzt geforderten Preußenwahlen nicht einmal durchgeführt werden. In der jetzigen Regierung ist die Frage erörtert worden, ob nicht durch die Verhängung eines Staatsnotstandes überhaupt die Wahlen zu den Parlamenten ausgesetzt werden sollen.

Die kapitalistischen Kräfte, die sich auf Kosten der werktätigen Massen erhalten wollen, werden immer brutaler gegen sie vorgehen. Die Hochfinanz, die Schwerindustriellen sowie die Agrarier werden immer die Regierungen zusammenstellen, die sie für geeignet halten, ihre Pläne gegen die werktätigen Massen durchzuführen. Was die Regierungen aber auch gegen die werktätigen Massen unternehmen werden — die revolutionäre Bewegung, die unter der Führung der Kommunistischen Partei ständig wächst, kann nicht mehr unterdrückt werden. Wenn die Nationalsozialisten ihrer Gefolgschaft so sicher wären (Unruhe bei der NSDAP.), dann brauchten sie nicht zu solchen Gewaltmaßnahmen gegen die Kommunistische Partei zu greifen. Es ist ganz richtig, was Herr Kube hier am 21. September in bezug auf die Papen-Regierung erklärte:

Gäbe es in irgendeiner Form auch nur irgendeine Aussicht für die Reaktion, wieder zur Macht zu kommen, dann wäre das für Deutschland der Anfang vom Ende. Wir denken gar nicht daran, das Spiel des Herrenklubs¹ mit den Arbeitermassen etwa zu einer Forderung für uns zu machen; das lehnen wir ab. Wir denken

¹ Gemeint ist der von Papen 1924 gegründete Deutsche Klub, dem vorwiegend Adlige angehörten. *Die Red.*

gar nicht daran, Ihre bauernlegerische und bauernfeindliche Politik zum Inhalt unserer Politik zu machen.

Aber gerade dieses Wirtschaftsprogramm des Herrn von Papen besteht nicht nur weiter, sondern soll jetzt unbedingt durchgeführt werden. Darum ist doch gerade Herr Papen in die Regierung eingesetzt und mit besonderen Vollmachten versehen worden, damit er dafür sorgt, daß dieses Programm in die Tat umgesetzt wird. So haben wir jetzt in der Regierung eine Gemeinschaft von Hitler, Papen und Hugenberg zur Durchführung dieser arbeiter- und bauernfeindlichen Politik.

Die kommunistische Fraktion wird den nationalsozialistischen Antrag auf Auflösung des Landtages zum 1. März ablehnen.

Auch wir Kommunisten lassen uns — um mit den Worten des Herrn Kube zu antworten — das Gesetz des Handelns nicht von unserem Gegner vorschreiben. Wir haben aber noch eine Reihe anderer Gründe für unsere Ablehnung. Von der Reichsregierung sind Maßnahmen ergriffen und angekündigt, durch die dem werktätigen Volk und der Kommunistischen Partei verwehrt werden soll, in freier Wahl die Entscheidung zu treffen. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten. — Widerspruch bei der NSDAP.) Wenn jede Wahlkundgebung der Kommunistischen Partei unterbunden werden soll, dann ist das nicht Freiheit der Wahl, sondern Terrorwahl. Wenn unsere Zeitungen verboten werden und unser Agitationsmaterial beschlagnahmt wird, dann soll damit verhindert werden, daß wir zu den werktätigen Massen sprechen. Wie können die Nationalsozialisten annehmen, daß wir ihnen dazu auch noch durch eine Preußenwahl die Gelegenheit schaffen! Wenn sie ferner — unterstützt durch den staatlichen Machtapparat — diese Terrorwahlen durchführen wollen, dann sagen wir ihnen: daß unter einer solchen einseitigen behördlichen Beeinflussung wohl Wahlen durchgeführt, aber nicht die werktätigen Massen getäuscht werden können. Als dritter Grund für unsere Entscheidung kommt in Betracht, daß die Regierung keinerlei Sicherheit dafür bietet, daß die Wahlen auch wirklich stattfinden. Noch ein vierter Grund: Die Behauptung des Herrn Hinkler im Hauptausschuß und in der Presse, daß der Landtag — auch wenn die dafür zuständigen Körperschaften die

Auflösung nicht beschließen — doch aufgelöst werden wird, ist für uns ein Anlaß, das zu erproben. Es scheint uns für die Aufklärung dessen, was die Nationalsozialisten wollen, nützlich, wenn das, was sie früher als Verfassungsbruch verurteilt haben, jetzt von ihnen selbst angewandt wird, nämlich durch Herrn von Papen, den „feinen Herrn“, den Landtag auflösen zu lassen. Wir Kommunisten sind nicht für die Weimarer Verfassung. Das wissen Sie. Es ist aber für die Aufklärung der werktätigen Massen nützlich, wenn trotz aller Beteuerungen und Eide der nationalsozialistischen Minister, die Verfassung zu respektieren, doch von ihnen anders gehandelt wird. Und noch ein fünfter Grund! Die Regierung Hitler-Papen-Hugenberg will ein Votum der deutschen Wählermassen über ihre Politik, und darum hat sie die Reichstagsauflösung und die Neuwahl verfügt. Es ist zwar nicht recht ersichtlich, wie eine für die Regierung günstigere parteipolitische Zusammensetzung des Reichstages herauskommen soll. Vielleicht wird die parlamentarische Basis, die sie zuletzt noch hatte, nach der Wahl nicht mehr bestehen. Sie können den Ringkampf mit der Hugenberg-Partei einstellen, aber mehr Anhänger werden Sie beide nicht gewinnen. Daß Herr von Papen ein guter Wahlmacher für sie sein wird, werden die Nazis selber nicht glauben. Daß Herr Hugenberg mit seinen autarkischen Plänen der Absperrung des Inlandes gegen das Ausland und der Preisverteuerung ein guter Wahlmacher sein wird, können sie ebensowenig glauben. Daß die Papenschen Notverordnungen eine gute Wahlagitation für sie bilden werden, müssen sie selbst für ausgeschlossen halten. Sie können nur darauf spekulieren, durch den momentanen Rausch und durch die Unterdrückung der andersgerichteten Wahlagitation Anhänger zu gewinnen. Aber auch in dieser Hinsicht werden sie sich täuschen.

Es liegen eine ganze Reihe sehr ernster Aufgaben vor, deren Erfüllung die Massen fordern. Es sind doch nicht nur Erwerbslosigkeit und Bauernnot, wodurch die Werktätigen bedrückt werden, sondern es liegen noch eine ganze Reihe von Maßnahmen der bisherigen Regierungen vor, durch die das Elend der Werktätigen ungeheuer vermehrt worden ist! Warum hebt die Hitlerregierung diese Maßnahmen nicht auf? Sie könnte doch sofort

die Papen-Notverordnungen aufheben. („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten.) Warum geht sie nicht mit einem Verbot des Lohnabbaus und der Arbeiterentlassungen gegen das Unternehmertum vor? Vom Zechenverband sind zum 31. März die Lohnordnung und der Rahmentarif gekündigt worden — ganz offenkundig in der Absicht, einen breiten Kampf zur Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gegenüber den Arbeitern vorzunehmen. Die Zechenbarone rechnen damit, daß die Regierung gegen die Abwehr dieses Lohnabbaus durch die Kampfmaßnahmen der Arbeiterschaft gegen die kämpfenden Arbeiter Stellung nimmt. (Zuruf bei der NSDAP: „Da haben sich diese Klassenkämpfer genauso verrechnet wie ihr!“) Nein, diese Klassenkämpfer aus der Schwerindustrie werden sich nicht irren, sondern sie bestimmen die Maßnahmen der Regierung. — Warum annulliert die Hitlerregierung jetzt nicht den Versailler Vertrag? Wenn Deutschland auch die Tributleistungen überhaupt nicht mehr zahlen kann, so war es doch Ihre ständige Propaganda, daß die Zerreißung des Versailler Vertrages erfolgen würde, sobald Sie die Möglichkeit dazu haben. Die Nationalsozialisten müssen beweisen, wie sie zu ihren Versprechungen stehen! Warum geht die Regierung nicht dazu über, den hungernden und frierenden Arbeitermassen zu helfen, indem sie den großen Überfluß an Getreide, Kartoffeln und Kohlen an sie verteilen läßt? Warum läßt sie die Kohlen auf den Halden liegen und Getreide und Kartoffeln verderben? Sie hätte die Möglichkeit, den werktätigen Massen sofort eine ernsthafte Hilfe zu bringen. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Warum führen die Nationalsozialisten jetzt, nachdem sie in die Regierung gekommen sind, das nicht durch, was in den Winterhilfsanträgen — die dem Haushaltsausschuß des Reichstages überwiesen und durch die Auflösung nicht erledigt wurden — gefordert wurde? Warum hebt die Regierung nicht die Margarineverordnung des Herrn Schleicher auf, durch die dieses für die Massenernährung wichtige Lebensmittel verteuert werden soll? Warum geht sie nicht dazu über, den Wohnungslosen Wohnung zu schaffen, wo die Wohnungen leer stehen? Warum setzt sie nicht die Wohnungsmieten herab? („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Warum geht die Regierung nicht dazu über, die Riesengehälter, über die die Nationalsozialisten selbst

so viel geredet haben, herabzusetzen? Warum hebt sie die Schlachtsteuer und die Kopfsteuer nicht auf? Das sind doch alles Maßnahmen, die durch einen Beschluß erledigt werden können. Die Arbeitslosigkeit ist bei Erhaltung der kapitalistischen Gesellschaft überhaupt nicht zu beseitigen, auch nicht in vier Jahren, wie es die Regierung verspricht. Sie ist nicht zu beseitigen, solange die Trennung der großen Massen von den Produktionsmitteln besteht und eine kleine Minderheit über das bestimmt, was produziert wird. Die Bauernnot kann bei Aufrechterhaltung dieses kapitalistischen Systems ebenfalls nicht behoben werden. Das werden Sie auch in den vier Jahren nicht erreichen. Aber vieles können Sie sofort durch Beschluß des Reichskabinetts durchführen, wenn Sie den werktätigen Massen wirklich helfen wollen. Warum verwirklichen Sie nicht einen Ihrer wichtigsten Programmpunkte: die Brechung der Zinsknechtschaft, die Schließung der Börsen?

Ich will es mit der Aufzählung der Maßnahmen bewenden lassen, deren Durchführung den werktätigen Massen Hilfe bringen könnte. Aber es wird sich schon bis zum Wahltag erweisen, daß die Regierung nicht in der Lage ist, den werktätigen Massen zu helfen, und daß sie gehindert werden würde, solche Hilfsmaßnahmen durchzuführen — selbst wenn sie sie durchführen wollte, um sich ihre werktätige Anhängerschaft zu erhalten.

Die Zusammensetzung der Reichsregierung und die Verteilung der Ressorts bringen bereits klar und deutlich zum Ausdruck, daß den werktätigen Massen nicht geholfen werden soll. Nicht ohne Grund ist Herrn Hugenberg die große Wirtschaftsvollmacht innerhalb dieser Regierung eingeräumt worden, nicht ohne Grund hat man dem Stahlhelmführer Seldte das Arbeitsministerium gegeben. Wir kennen Herrn Hugenberg als ausgesprochenen Scharfmacher gegen die Arbeiter. Wir kennen seinen Fanatismus, mit dem er gegen jeden Kampf der Arbeiter auftritt, und wissen, mit welcher Brutalität er das Programm der Großindustrie durchsetzen wird.

Es ist nicht von ungefähr, daß Herrn von Blomberg die vollkommene Verfügung über die Reichswehr eingeräumt worden ist, daß man sie aus den Kompetenzen des Reichskabinetts herausgenommen hat. Herrn von Papen ist die wichtige Funktion

des Reichskommissars für Preußen übertragen worden. Auch daß er immer mit Herrn Hitler zum gemeinsamen Vortrag vor dem Reichspräsidenten erscheinen muß, hat seine besondere Bedeutung. Das alles zeigt, daß die Nationalsozialisten in die Reichsregierung nur aufgenommen worden sind, damit sie die Aufgabe erledigen sollen, die ihnen die Bourgeoisie zuweist: den Kampf gegen die Arbeiter, gegen die werktätigen Massen zum Schutz des Kapitals. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Herr Frick als Reichsinnenminister und Herr Göring als Polizeiminister für Preußen haben die Aufgabe, die Staatsmacht und Polizeigewalt gegen die Arbeiterklasse einzusetzen, um zu verhindern, daß diese ihre Kräfte im Kampfe gegen die Durchführung des Papenschen Wirtschaftsprogramms einsetzt. Sie sollen Herrn Hugenberg die Möglichkeit verschaffen, das Programm der Abdrosselung jedes Tarifrechts, der Lohnherabsetzungen und Lebensmittelverteuerungen durchzusetzen.

Es wird sich nicht allein im Terror gegen die Kommunistische Partei, sondern vor allem in den wirtschaftlichen Maßnahmen zeigen, daß die Regierung Hitler-Papen-Hugenberg eine der schlimmsten Regierungen gegen die werktätigen Massen ist.

Wir sind deshalb als Kommunisten der Meinung, daß wir zwar diesem Auflösungsantrag hätten zustimmen können, weil wir überzeugt sind, daß die werktätigen Massen anders entscheiden werden, als die Nationalsozialisten es erwarten. Aber wir wollen ihnen nicht die Gelegenheit verschaffen, auch in Preußen Wahlen durchzuführen, für die sie jetzt eine günstige Gelegenheit zu haben glauben, gestützt auf den Terror, auf die Unterdrückung der Kommunistischen Partei, gestützt auf eine nationalsozialistisch-chauvinistische Rauschstimmung! Darum lehnen wir den Auflösungsantrag ab und bringen das durch folgende Erklärung zum Ausdruck:

Am 21. September vorigen Jahres wurde der von der kommunistischen Landtagsfraktion gestellte Antrag auf Auflösung des Preußischen Landtages von allen übrigen Fraktionen, also auch von den Nationalsozialisten, abgelehnt. Nachdem jetzt die NSDAP Regierungspartei geworden ist und Herrn von Papen zum Reichskommissar für Preußen bestellt hat, will sie unter

Ausnutzung des staatlichen Machtapparats Terrorwahlen auch in Preußen durchführen.

Die gegenwärtige Hitler-Papen-Hugenberg-Regierung bietet keine Sicherheit, daß die Wahlen überhaupt stattfinden und nicht etwa durch die von den Regierungsparteien bereits erörterten Staatsstreichpläne verhindert werden. Die Hitler-Papen-Hugenberg-Regierung hat bereits mit dem schärfsten Terror zur Unterdrückung der Wahlfreiheit eingesetzt. Im ganzen Reiche ist der Kommunistischen Partei die Abhaltung von Kundgebungen unter freiem Himmel verboten worden. Die kommunistische Presse wird durch langfristige Verbote unterdrückt. In Preußen wurden darüber hinaus vom Reichskommissar Göring der Polizei Anweisungen zum schärfsten Vorgehen gegen kommunistische Saalveranstaltungen gegeben, durch die Wahlveranstaltungen für die KPD fast unmöglich gemacht werden sollen.

Aus diesen Gründen lehnt die kommunistische Fraktion den nationalsozialistischen Antrag ab. Sie ruft die werktätigen Massen zur antifaschistischen Einheitsfront und zum schärfsten Kampfe, zu Streiks und anderen Massenaktionen gegen die Hitler-Papen-Hugenberg-Regierung und ihre faschistischen Staatsstreichpläne auf.¹

*„Sitzungsberichte des Preußischen Landtags, 4. Wahlperiode, 1. Tagung“,
Bd. 455.*

¹ Ein nationalsozialistischer Antrag auf Schluß der Debatte wurde abgelehnt. Als Severing das Wort ergriff, wurde er durch Zwischenrufe der Nazis am Sprechen gehindert. Der Vizepräsident (NSDAP) behauptete daraufhin, daß das Haus den geschäftsführenden Minister nicht anhören wolle. Der Antrag der NSDAP, den Landtag aufzulösen, wurde abgelehnt, es wurde jedoch keine weitere Sitzung einberufen. *Die Red.*



Wilhelm Dieck

den Kampfgefährten
Karl Liebknechts
und
Rosa Luxemburgs
den man
verhinderte
im Reichstag
zu erscheinen
gibt

contra



Adolf Hillen

im Auftrage
des Z.K. der K.P.D.
die Antwort
der Isenhardtigen
auf seine
Regierungs-
Erklärung

Illegale Zeitung einer Berliner Organisation
der Kommunistischen Partei Deutschlands

Vorwärts zum Sturz des Faschismus!

*Antwort auf die Regierungserklärung Hitlers im Reichstag
am 23. März 1933¹*

Durch den infamsten Wahlterror hat die Hitler-Papen-Hugenberg-Regierung sich den Anschein zu verschaffen versucht, das Vertrauen des deutschen Volkes zu besitzen. Sie glaubte, mit diesem Terror die Kommunistische Partei zu schlagen. Das ist ihr nicht gelungen.

Fast 5 Millionen, der beste Teil des werktätigen Volkes — Arbeiter, Angestellte, Beamte, Bauern, Kleingewerbetreibende, Intellektuelle, Männer, Frauen und Jungarbeiter — haben durch ihre Stimmabgabe sich zur Kommunistischen Partei bekannt und damit der Hitlerregierung den schärfsten Kampf angesagt!

Im Namen dieser 5 Millionen gebe ich der Hitlerregierung die Antwort auf ihre Politik des Hungers, des Terrors und des Krieges.

Die Hitlerregierung zeigt schon durch ihre bisherigen Taten den ungeheuren Betrug, den Hitler mit seinen Versprechungen gegenüber den werktätigen Massen verübt. Nicht ihnen, sondern nur den Kapitalisten und Großgrundbesitzern will Hitler helfen.

Das gegen die werktätigen Massen gerichtete kapitalistische Wirtschaftsprogramm — das schon von der Papen-Regierung aufgestellt wurde — will Hitler mit aller Gewalt durchführen. Subventionen, Steuerermäßigungen, höhere Profite für die Ka-

¹ Wilhelm Pieck war vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands beauftragt worden, für die kommunistische Reichstagsfraktion dem Reichskanzler Hitler auf seine Regierungserklärung in der Reichstagssitzung am 23. März 1933 die Antwort der deutschen Werktätigen zu geben. Das wurde unmöglich gemacht, da den 81 kommunistischen Abgeordneten unter Bruch der Verfassung die Mandate aberkannt und viele von ihnen verhaftet wurden. Die Erklärung wurde in den illegalen Zeitungen der KPD und im Ausland veröffentlicht. *Die Red.*

pitalisten — aber Lohn- und Gehaltskürzungen, Unterstützungsabbau, Lebensmittelverteuerung für die werktätigen Massen! Darum soll deren Kampfkraft gebrochen, sollen ihre Kampforganisationen zerschlagen, soll die Kommunistische Partei vernichtet werden!

Vier Jahre sollen die werktätigen Massen warten! So verlangt es die Hitlerregierung. Vier Jahre sollen sie weiter hungern — sollen sie auf Arbeit und Brot, soll der Bauer auf Rettung warten.

Keine sofortige Hilfe! Wiederum nur Versprechungen, die nicht gehalten werden. Hitler weiß, daß er auch in vier Jahren die Arbeitslosigkeit nicht beseitigen, dem Bauern keine Rettung zu bringen vermag. Seine kapitalistische Politik muß den Absatz und die Produktion noch mehr drosseln und damit Arbeitslosigkeit und Bauernnot vermehren.

Hitler versprach in seinem Parteiprogramm die Brechung der Zinsknechtschaft, Enteignung der großen Unternehmungen, der Banken und des Großgrundbesitzes! Nichts mehr von alledem will die Hitlerregierung! Hitler versprach früher ein Sofortprogramm zum Schutze der Arbeiter und der Bauern! Aber die Hitlerregierung erfüllt nur ein Sofortprogramm zu Schutz und Nutz der Kapitalisten und Großgrundbesitzer!

Die faschistische Hitlerregierung schafft also keinen Ausweg aus der Krise, bringt dem Volke keine Rettung! Das faschistische „dritte Reich“ bedeutet gesteigertes Massenelend und vermehrte Knechtschaft!

Schaut nach Italien! Dort ist der Faschismus schon 10 Jahre an der Macht. Und das Resultat? Massenarbeitslosigkeit! Die Erwerbslosen ohne Unterstützung! Löhne und Gehälter immer mehr abgebaut! Die Bauerndörfer völlig verarmt! Die Gemeinden finanziell bankrott! Der kleingewerbliche Mittelstand nahezu vernichtet! Die Lebenshaltung der Arbeiter und Angestellten auf tiefster Stufe!

Nur den Kapitalisten und Großgrundbesitzern geht es gut! Auch den Bonzen der faschistischen Partei, die diesen Schichten entstammen, geht es gut. Täglich wächst die Rebellion der Arbeiter, Bauern und Handwerker gegen die faschistische Regierung, sogar in den Reihen der faschistischen Partei.

Die Hitlerregierung will eine Regierung der nationalen Erhebung und Befreiung sein! Aber sie treibt mit ihrer chauvinistischen Hetze die werktätigen Massen nur in einen neuen imperialistischen Krieg hinein!

Sie bringt ihnen keine Befreiung und Erhebung, sondern nur vermehrte Knechtschaft und Erniedrigung durch den Faschismus als Feind im eigenen Land!

Die Hitlerregierung spricht von einer „sittlichen Erneuerung“ des deutschen Volkes, aber sie begann ihre Tätigkeit mit der Verbreitung infamster Lügen über die Kommunistische Partei, mit den Lügen über die Reichstagsbrandstiftung durch Kommunisten, über im Karl-Liebknecht-Haus gefundene Aufstandspläne und Geisellisten, über geplante Attentate und anderes mehr. Sie schuf sich mit diesen Lügen den Vorwand für den unerhörten Terror gegen die klassenbewußte Arbeiterschaft, vor allem gegen die Kommunistische Partei. Zehntausende von Arbeitern und Kommunisten sind verhaftet, ihre Wohnungen demoliert, ihre Frauen, Kinder und Eltern als Geiseln festgenommen, Tausende in den Nazikasernen in bestialischer Weise mißhandelt und gefoltert, viele von ihnen ermordet.

Ich erhebe im Namen der deutschen Arbeiterklasse den schärfsten Protest gegen diese Verbrechen, an denen die Hitlerregierung schuldig ist. Ich fordere die sofortige Freilassung des eingekerkerten Führers der Kommunistischen Partei, Ernst Thälmann; ich fordere die Freilassung aller anderen Funktionäre der KPD, die Freilassung der verhafteten Arbeiter.

Ich erhebe ferner den schärfsten Protest gegen den von der Hitlerregierung unternommenen Raub des Eigentums der Kommunistischen Partei und anderer Arbeiterorganisationen, die Unterdrückung ihrer Presse, Versammlungen und aller Rechte der Arbeiterschaft.

Der Faschismus ist die tiefste sittliche Erniedrigung einer Nation.

Wo aber ist der Ausweg aus dieser Erniedrigung? Wie kann den werktätigen Massen Rettung aus Elend und Not werden?

Die Hitlerregierung beschuldigt das Weimarer System — das sie fälschlich als Marxismus bezeichnet. —, in den 14 Jahren seit der Novemberrevolution dieses Elend herbeigeführt zu haben.

Aber die Hitlerregierung wird dieses Elend nicht beseitigen, sondern nur vermehren. Sie will doch das kapitalistische System erhalten.

Die Sozialdemokratie hat durch ihre Koalitionspolitik mit den bürgerlichen Parteien die werktätigen Massen in dieses Elend hineingetrieben, sie an jedem ernsthaften Kampfe gegen den Faschismus gehindert, parlamentarisch-demokratische Illusionen gezüchtet, die revolutionäre Bewegung in brutalster Weise verfolgt und so dem Faschismus den Weg bereitet!

Die erbärmlich feige Erklärung, die der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, Wels, in der Reichstagssitzung abgegeben hat^[55], zeigt die völlige Kapitulation vor dem Faschismus. Kein Wort des Protestes gegen den faschistischen Terror, gegen die Rechtlosmachung der 5 Millionen kommunistischer Wähler und der gesamten Arbeiterklasse, keine Forderung für die werktätigen Massen — nur die Bitte an die Faschisten, von ihnen nicht für ehrlos gehalten zu werden. Diese Führer der SPD haben aber ihre Ehre vor der Arbeiterklasse längst verloren.

Nur die Kommunistische Partei zeigt den Ausweg, den Weg zur Rettung der werktätigen Massen! Es ist der Weg der proletarischen Revolution, der Erhebung aller Werktätigen, um den Kapitalisten und Großgrundbesitzern die Produktionsmittel — Grundbesitz, Fabriken, Maschinen, Rohstoffe — zu entreißen und sie in den Gemeinbesitz aller Werktätigen zu überführen. Nicht mehr die Profitsucht der Kapitalisten, sondern die Lebensbedürfnisse aller Werktätigen sollen über Produktion und Verteilung entscheiden. Nur so wird Arbeit und Brot, Existenz und Kultur für alle geschaffen.

Schaut nach der Sowjetunion, dem einzigen Lande der Welt, wo die Staatsmacht in den Händen der Arbeiter und der Bauern liegt! Dort gehören ihnen Land und Fabriken! Dort gibt es keine Arbeitslosigkeit, keine Bauernnot, kein Massenelend, keine Unterdrückung! Dort ist ein ständiger wirtschaftlicher und kultureller Aufstieg! Dort arbeiten alle am Aufbau des Sozialismus!

Das wollen die Kommunisten auch für Deutschland! Darum rufen sie die werktätigen Massen in Stadt und Land auf, sich unter Führung der Kommunistischen Partei zur einheitlichen Kampffront zusammenzuschließen, der Spaltung der Arbeiter-

schaft ein Ende zu machen und den Kampf um Lohn und Brot, um Leben und Kultur, um den Sturz des kapitalistischen Systems und des Faschismus, den Kampf für die proletarische Diktatur, für eine Arbeiter- und Bauernrepublik zu führen.

Die Kommunistische Partei ist die einzige Führerin und Organisatorin des Kampfes der werktätigen Massen. Sie ruft ihnen zu: Folgt in allen Betrieben, Stempelstellen, Wohnquartieren, in den Dörfern den Losungen der Kommunistischen Partei!

Werktätige in Stadt und Land! Sozialdemokratische und nationalsozialistische Arbeiter, Angestellte, Beamte, Bauern und Mittelständler! Das Weimarer scheidemokratische System ist bankrott; es hat dem Faschismus den Weg bereitet! Die gegenwärtige faschistische Hitlerregierung führt euch in noch tieferes Elend hinein! Das Kapital, der Großgrundbesitz und die Staatsmacht sollen in den Händen seiner Besitzer erhalten bleiben. Wollt ihr noch länger Sklaven sein? Wollt ihr euch noch tiefer von ihnen drücken lassen? Wollt ihr euch sogar von ihnen zur Unterdrückung eurer eigenen Klassengenossen mißbrauchen lassen? Kämpft nicht gegen euer eigen Fleisch und Blut, kämpft gegen eure Feinde — gegen Kapitalisten und Großgrundbesitzer. Laßt euch nicht durch den Terror der Faschisten einschüchtern! Glaubt ihnen kein Wort, jedes ist eine Lüge! Bildet überall Einheits- und Kampfausschüsse, verteidigt eure Rechte! Laßt nicht zu, daß eure Gewerkschaften den Faschisten ausgeliefert werden! Bildet in Stadt und Land den Massensebstschutz gegen die faschistischen Banden! Organisiert überall Streiks und Demonstrationen! Rüstet zum Generalstreik!

Kämpft gegen den Nationalchauvinismus, gegen die Kriegshetzer! Über alle Grenzen hinweg verbrüdernd wir uns als werktätige Massen gegen das internationale Kapital! Nur der proletarische Internationalismus wird die Kriegshetzer schlagen und eine Welt des Friedens schaffen! Darum reiht euch alle ein in diese internationale Einheitsfront aller Werktätigen! Vorwärts zu Kampf und Sieg!

*Entnommen der illegalen „Neuköllner Sturm-Fahne“.
„Rundschau“, Basel, 20. April 1933.*

ANMERKUNGEN

¹ Bürgerschaft — parlamentarische Vertretung der Bürger in den drei Hansestädten Bremen, Hamburg, Lübeck. Sie bildete mit dem Senat, der gegen ihre Beschlüsse das Einspruchsrecht hatte, die gesetzgebende Körperschaft sowohl für die kommunalen Angelegenheiten der Stadt als auch für die staatlichen Angelegenheiten des gesamten Gebietes. Zu diesem gehörten bei Bremen die Städte Vegesack und Bremerhaven sowie eine Anzahl Landgemeinden. Die wahlberechtigten Bürger waren in 8 Klassen eingeteilt. Klasse 1: die akademisch Gebildeten, Klasse 2: die zur Börse zugelassenen Kaufleute, Klasse 3: vorwiegend die Gewerbetreibenden mit mindestens 100 Beschäftigten, Klasse 4: Arbeiter, Angestellte, untere Beamte, kleine Gewerbetreibende und Kaufleute der Stadt Bremen (die überwiegende Mehrheit aller Wahlberechtigten), die Klassen 5 und 6: Vertreter aus den Städten Vegesack und Bremerhaven, Klasse 7: die Grundbesitzer mit mindestens 3 Hektar Land, Klasse 8: die keiner der vorgenannten Klassen angehörenden Bürger des Landgebietes. Die Klassen 1, 2, 3 und 7 verfügten infolge des reaktionären Wahlgesetzes über die absolute Mehrheit in der Bürgerschaft. 11

² § 59 der Geschäftsordnung des Preußischen Landtages — §§ 58 und 59 enthielten weitgehende Bestimmungen über den zeitweiligen Ausschluß von Abgeordneten. Sie sollten vor allem die kommunistischen Abgeordneten mundtot machen und sie in der Ausübung ihres Abgeordnetenmandats behindern. 73

³ VSPD — Abkürzung für Vereinigte Sozialdemokratische Partei Deutschlands — Bezeichnung der SPD in den ersten Jahren nach der Vereinigung mit dem rechten Flügel der USPD (1922 bis 1924). 85

⁴ Umlagegetreide — Im Sommer 1922 beschloß der Reichstag gegen die Stimmen der Rechtsparteien ein Gesetz über die Ablieferung bestimmter Mengen Getreide zu festen Preisen an den Staat (Getreide-Umlage). Die Lieferung dieses „Umlagegetreides“ sollte das rasche Ansteigen der Brotpreise verhindern und die Spekulation mit Getreide erschweren. 89

⁵ Plebiszitschwindel — die unter dem Terror nationalistischer Elemente

im März 1921 durchgeführte „Volksabstimmung“ über die staatliche Zugehörigkeit Oberschlesiens. 91

- ⁶ Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale — die internationale Vereinigung der reformistischen Gewerkschaften, die im Juli 1919 auf dem Kongreß in Amsterdam gegründet wurde. Die Amsterdamer Internationale betrieb eine reformistische Politik, arbeitete offen mit der Bourgeoisie zusammen, kämpfte gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung und verhielt sich der Sowjetunion gegenüber feindselig. Während des zweiten Weltkrieges stellte die Amsterdamer Internationale faktisch ihre Tätigkeit ein; offiziell wurde sie am 14. Dezember 1945 im Zusammenhang mit der Gründung des Weltgewerkschaftsbundes aufgelöst. 92
- ⁷ Orgesch — Abkürzung für Organisation Escherich — 1920 von dem bayrischen Reaktionär Escherich gegründet. Eine der ersten faschistischen Mordorganisationen, die von der Bourgeoisie zur Unterdrückung der revolutionären Arbeiterbewegung eingesetzt wurden. 94
- ⁸ PPS — Abkürzung für Polska Partia Socialistyczna (Polnische Sozialistische Partei) — kleinbürgerliche nationalistische Partei, 1893 gegründet. Unter dem Einfluß der russischen Revolution 1905 spaltete sich die PPS in zwei Fraktionen. Im ersten Weltkrieg nahm ein Teil des linken Flügels der PPS eine internationalistische Position ein, näherte sich der Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauen und bildete mit ihr im Dezember 1918 die Kommunistische Partei Polens. 95
- ⁹ Wilhelm Pieck wendet sich hier gegen die Verleumdungen durch die Bourgeoisie und vorwiegend durch die Sozialdemokratie, die junge Sowjetmacht restauriere den Kapitalismus, um ihren Zusammenbruch zu verhindern. Die Neue Ökonomische Politik nützte in Wirklichkeit zeitweilig und begrenzt die kontrollierte Tätigkeit privatkapitalistischer Unternehmungen im Interesse des sozialistischen Aufbaus und der Festigung der Arbeiter- und Bauernmacht aus. 104
- ¹⁰ Bielefelder Abkommen — zwischen dem Beauftragten der Reichsregierung, Severing (SPD), und Vertretern von Arbeiterorganisationen des Ruhrgebiets geschlossenes, 17 Punkte umfassendes Abkommen, das am 25. März 1920 in Bielefeld unterzeichnet wurde. Mit dem Bielefelder Abkommen, das die Einstellung der bewaffneten Kämpfe der Arbeiter durch eine Reihe von Versprechungen herbeiführen sollte, fiel die rechte sozialdemokratische Führung den kämpfenden Ruhrarbeitern in den Rücken, verriet sie und lieferte sie der Konterrevolution aus, die am Ruhrproletariat blutige Rache nahm. 105
- ¹¹ Zirkus-Busch-Vorgänge — Am 15. Oktober 1922 veranstaltete der faschistische Bund für Freiheit und Ordnung im Berliner Zirkus Busch

eine Kundgebung. Der sozialdemokratische Polizeipräsident hatte das von den Arbeiterorganisationen geforderte Verbot der reaktionären Demonstration abgelehnt. Die Gegendemonstration der Arbeiter wurde von bewaffneten Faschisten überfallen. Die Polizei unterstützte die Faschisten, indem sie gegen die revolutionäre Arbeiterschaft vorging.

117

¹² Nach der Niederschlagung des konterrevolutionären Putsches gegen die Münchner Scheinräterepublik am 13. April 1919 war eine wirkliche, von der KPD geführte Räteregierung mit Eugen Leviné an der Spitze entstanden. 119

¹³ Felix Fechenbach — bürgerlicher Publizist, der während der Novemberrevolution Sekretär des von Weißgardisten ermordeten bayrischen Ministerpräsidenten Eisner war. Im Oktober 1922 verurteilte ihn ein Münchener Gericht zu 11 Jahren Zuchthaus, weil er ein Dokument veröffentlicht hatte, das die deutschen Militaristen entlarvte. 123

¹⁴ Ermordung Rathenaus — Walther Rathenau, damaliger Reichsaußenminister, der in Rapallo für eine Verständigung mit Sowjetrußland eingetreten war, wurde am 24. Juni 1922 von Mitgliedern der berüchtigten Mordorganisation Consul auf offener Straße erschossen. 137

¹⁵ Ruhrgelderschiebung — gemeint ist die „Entschädigung“ der Ruhrindustriellen durch die Regierung der Großen Koalition. Sie schob den Unternehmern aus Staatsmitteln über 700 Millionen Goldmark für ihre angeblichen Verluste während der Ruhrbesetzung 1923/1924 zu. 145

¹⁶ Barmat-Kutisker-Skandal — Die skrupellosen Geschäftemacher Gebrüder Barmat und Iwan Kutisker ergaunerten sich während der Inflation und der nachfolgenden Stabilisierung der Mark durch Spekulationen und Wucher größten Ausmaßes Millionenvermögen. Ihre Schiebergeschäfte wurden begünstigt durch von ihnen korrumpierte hohe Staatsbeamte und Politiker. Im Prozeß zu Beginn des Jahres 1925 wurden prominente Führer der SPD, vor allem Wels, entlarvt. Ferner wurde aufgedeckt, daß sie während der Reichstagswahlen im Dezember 1924 Mittel des Konzerns und mit ihm verbundener Banken für den Kampf gegen die Kommunistische Partei Deutschlands verwendet hatten. 145

¹⁷ Ebert-Prozeß — fand im Dezember 1924 in Magdeburg statt. Ebert, des Hochverrats bezichtigt, wies nach, daß er in der Leitung des Munitionsarbeiterstreiks 1918 alles getan hatte, den Streik abzuwürgen. 146

¹⁸ Auer-Prozeß — Erhard Auer war einer der Führer der SPD in Bayern, prozessierte Anfang 1925 in München gegen frühere Mitglieder seiner

- Partei. Auer, der dem Mörder Kurt Eisners einen Rosenstrauß übersandte hatte, war von ihnen als Judas Ischariot bezeichnet worden. 146
- ¹⁹ Dawesplan — Gutachten, das von einer internationalen Sachverständigenkommission unter Vorsitz des amerikanischen Bankiers General Dawes zur Regelung der Reparationszahlungen Deutschlands abgegeben und am 16. August 1924 auf der Londoner Reparationskonferenz der Ententestaaten angenommen wurde. 147
- ²⁰ Volksentscheid — gemeint ist das im März 1924 abgegebene Versprechen des Bundesausschusses des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, einen Volksentscheid über den Achtstundentag herbeizuführen. 165
- ²¹ DNVP — Abkürzung für Deutschnationale Volkspartei — nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches 1918 aus den beiden konservativen Parteien sowie der Christlich-Sozialen und der Deutschvölkischen Partei entstanden. Sie vertrat vorwiegend die Interessen der Junker und eines Teiles der Montanindustriellen, war die Partei der monarchistischen Restauration, betrieb eine chauvinistische und antisemitische Hetze, propagierte die Tradition des reaktionären Preußentums und unterstützte aktiv die Errichtung der Hitlerdiktatur. 168
- ²² Versackungspolitik — Im Herbst 1923, als die revolutionäre Nachkriegskrise in Deutschland ihren Höhepunkt erreicht hatte, versuchten maßgebliche Vertreter der deutschen Bourgeoisie — wie der damalige Kölner Oberbürgermeister Adenauer, der Bankier Louis Hagen und der damalige Reichsinnenminister Jarres —, die von französischen Truppen besetzten Gebiete an Rhein und Ruhr von Deutschland abzuspalten. Sie schlugen vor, sämtliche finanziellen Leistungen an diese Provinzen einzustellen und das besetzte Gebiet seinem Schicksal zu überlassen, es „versacken“ zu lassen. Diese Politik, die zur Losreißung des Rhein-Ruhrgebiets von Deutschland geführt hätte, wird daher als „Versackungspolitik“ bezeichnet. 169
- ²³ Locarnovertrag — abgeschlossen auf der Konferenz von Locarno (Schweiz), die vom 5. bis 16. Oktober 1925 tagte. Vertreten waren Großbritannien, Frankreich, Italien, Belgien, Polen, die Tschechoslowakei und Deutschland. Die in Locarno getroffenen Abkommen, die eine Festigung der durch den Versailler Vertrag hergestellten Nachkriegsordnung in Europa anstrebten, trugen einen offenen antisowjetischen Charakter und führten zu einer noch größeren Zuspitzung der Gegensätze zwischen den wichtigsten imperialistischen Ländern und zur Vorbereitung neuer Kriege. 187
- ²⁴ Artikel 16 der Völkerbundssatzung — Er verpflichtete die Mitgliedsstaaten im Kriegsfall einander wirtschaftlich und militärisch zu un-

- terstützen. Dieser Artikel richtete sich eindeutig gegen die Sowjetunion, die zu jener Zeit dem Völkerbund nicht angehörte. 202
- ²⁵ Reichsrat — Körperschaft, die aus Vertretern der Länderregierungen gebildet wurde. Die Reichsregierung durfte dem Reichstag nur mit Zustimmung des Reichsrates Gesetzesvorlagen unterbreiten. Gegen Gesetze, die der Reichstag beschlossen hatte, konnte der Reichsrat Einspruch erheben; fand das beanstandete Gesetz bei erneuter Beratung im Reichstag eine Zweidrittelmehrheit, dann war der Einspruch hinfällig. 227
- ²⁶ Jungdo — Abkürzung für Jungdeutscher Orden — eine 1920 von dem ehemaligen kaiserlichen Oberleutnant Mahraun geschaffene Organisation militaristisch-faschistischen Charakters. 233
- ²⁷ Stresemannhetze — gemeint ist die von faschistisch-militaristischen Verbänden betriebene Agitation insbesondere gegen die Außenpolitik Stresemanns. Stresemann, einer der Führer der Deutschen Volkspartei, verfolgte — durch Ausnutzung der Gegensätze unter den imperialistischen Mächten — eine Politik, die das Wiedererstarken des deutschen Imperialismus zum Ziele hatte. Die Meinungsverschiedenheiten mit den faschistischen Organisationen ergaben sich besonders aus seiner Erfüllungspolitik gegenüber den sogenannten Siegermächten. 234
- ²⁸ Landsberger Prozeß — Bei Prozessen in Landsberg an der Warthe (25. Oktober bis 3. November 1926) wurden Angehörige der Schwarzen Reichswehr nur zu einer geringfügigen Strafe verurteilt, obwohl sie des Fememordes überführt worden waren. 351
- ²⁹ Schwarzblauer Bürgerblock — Koalition, die sich aus dem Zentrum, der Bayrischen Volkspartei, der Deutschnationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei zusammensetzte. Seit dem 1. Januar 1927 stellte sie mit Marx (Zentrum) als Reichskanzler die Regierung. 365
- ³⁰ Stockverbot — das im Runderlaß vom 26. Mai 1925 ausgesprochene Verbot des Mitführens von Stöcken in öffentlichen Versammlungen und bei Demonstrationen. 369
- ³¹ Stilllegungsaktion — Auf die Kündigung der Tarife für die Nordwestgruppe der Metallindustrie durch die Gewerkschaften und auf die Wiedereinführung des Achtstundentages antworteten die Monopolherren mit der Drohung, ihre Betriebe ab 1. Januar 1928 stillzulegen. 373
- ³² Mitteldeutscher Bergarbeiterstreik — Streik der Bergarbeiter der mitteldeutschen Braunkohlengruben, der auf der Reichskonferenz des Bergarbeiterverbandes am 2. Oktober 1927 beschlossen und trotz Polizeiterror erfolgreich durchgeführt wurde. 381
- ³³ Abrüstungskonferenz in Genf — Am 30. November 1927 wurde in

Genf die IV. Session der Völkerbundkommission eröffnet, die die bevorstehende Abrüstungskonferenz vorbereiten sollte. Die Sowjetdelegation verlas in der Kommission eine Deklaration, in der beantragt wurde, ein Programm allgemeiner und vollständiger Abrüstung zu verwirklichen. Das sowjetische Abrüstungsprojekt wurde abgelehnt. 383

³⁴ Boncour, Paul — rechter Führer der Sozialistischen Partei Frankreichs. Als Vorsitzender der Armeekommission in der französischen Kammer vertrat er am 3. März 1927 den chauvinistischen Standpunkt, Frankreich müsse bis an die Zähne bewaffnet sein. Er wurde mit Briand als dessen Stellvertreter zur Genfer Ratstagung des Völkerbundes delegiert. 383

³⁵ Sozialfaschismus — „Das Verbot der Maidemonstration 1929 sowie die Erschießung von Arbeitern auf Befehl des Berliner sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Zörgiebel, die Tolerierungspolitik der SPD gegenüber der Brüning-Regierung und die Zulassung der faschistischen Mordorganisationen durch die Polizei Severings und der sozialdemokratischen Polizeipräsidenten in verschiedenen Städten — bei gleichzeitigem Verbot des Roten Frontkämpferbundes durch Severing — zeigten, daß die sozialdemokratische Führung die Reaktion und die faschistischen Kräfte unterstützte. Deshalb wurde die Politik der sozialdemokratischen Führung als *sozialfaschistisch* charakterisiert. So treffend diese Einschätzung der sozialdemokratischen Führung war, so wurde sie doch mit der Zeit vielfach auf die Sozialdemokratie als Partei angewandt, wodurch sich die sozialdemokratischen Werktätigen getroffen fühlten.

Im Jahre 1932, als die Hitlerpartei den Kampf um die Macht führte, richtete die Kommunistische Partei das Hauptfeuer nicht vor allem gegen die Nazipartei und die Wegbereiter der Hitlerdiktatur — die Brüning-Papen-Schleicher —, sondern ebenso gegen die Sozialdemokratie als Partei, ohne genügend zwischen der sozialdemokratischen Führung und den sozialdemokratischen Mitgliedern zu unterscheiden.“ (Walter Ulbricht, „Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1955, S. 455.) 444

³⁶ Gemeint ist die revolutionäre Aktion des Wiener Proletariats vom 15. bis 18. Juli 1927, die dadurch ausgelöst wurde, daß wiederum eine Gruppe faschistischer Arbeitermörder, die Mörder von Schattendorf, von einem Wiener Gericht freigesprochen wurden. Die spontanen Streiks und Demonstrationen entwickelten sich zu einem Aufstand mit Straßenkämpfen gegen Polizei und Militär. Infolge des Verrats der Führer der österreichischen Sozialdemokratie konnte der Aufstand unterdrückt werden. 452

- ³⁷ Orloff — berüchtigter Untersuchungsrichter im zaristischen Rußland, im Bürgerkrieg Chef eines konterrevolutionären Nachrichtendienstes. Er versorgte Feinde der Sowjetmacht mit falschen Pässen und floh schließlich nach Deutschland, wo er Chef einer antibolschewistischen Fälscherzentrale wurde. Die Polizei arbeitete eng mit Orloff zusammen und ließ sich von ihm gefälschte Spitzelberichte liefern. 455
- ³⁸ Youngplan — nach dem amerikanischen Bankier Owen Young benannter Plan zur Regelung der deutschen Reparationszahlungen, der am 1. September 1930 in Kraft trat. Dieser Plan bedeutete einseitige Abwälzung der Kriegslasten auf das Volk und unterwarf die Massen dem Doppeljoch des deutschen und des amerikanischen Monopolkapitals. 464
- ³⁹ Industrieprogramm der Schwerindustrie — Denkschrift des Reichsverbandes der deutschen Industrie vom 3. Dezember 1929, in der die Monopolkapitalisten die Einschränkung der Sozialleistungen, die Ermäßigung der Besitzsteuern und die Erhöhung der Massenverbrauchssteuern forderten. 464
- ⁴⁰ Hilferdingsche Finanzreform — sah eine Senkung der Besitzsteuern um mehr als eine Milliarde Reichsmark und eine Erhöhung der Massenverbrauchssteuern um etwa eine Milliarde Reichsmark vor. 464
- ⁴¹ Reichskongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition — tagte vom 30. November bis 2. Dezember 1929 in Berlin. An ihm nahmen 1122 Delegierte teil, darunter 865 Betriebsarbeiter und 191 Vertreter der Erwerbslosen. 465
- ⁴² Kaiserparagraph — gemeint ist die Bestimmung des im Juli 1922 erlassenen Gesetzes zum Schutze der Republik, die den im Ausland ansässigen ehemals regierenden Fürsten und ihren Angehörigen die Rückkehr nach Deutschland nur mit Genehmigung der Reichsregierung gestattete. 481
- ⁴³ Sklarek-Skandal — Korruptionsskandal, der im September und Oktober 1929 aufgedeckt wurde. Den Brüdern Sklarek, Textillieferanten der Behörden und Betriebe der Stadt Berlin, gelang es durch Fälschungen großen Ausmaßes — ermöglicht durch Bestechung zahlreicher sozialdemokratischer und bürgerlicher Magistratsangestellter und Politiker —, die Werkstätigen um Millionenbeträge zu prellen. 511
- ⁴⁴ Landbund — Dachorganisation der reaktionären landwirtschaftlichen Verbände, 1921 entstanden. Der Reichslandbund stand unter groß-agrarischer Führung, beteiligte sich führend an der Finanzierung und Unterstützung konterrevolutionärer Organisationen und Unternehmungen und besaß beträchtlichen Einfluß auf den Staatsapparat. Er war der Vorläufer des faschistischen Reichsnährstandes. Der Reichslandbund bildete mit anderen reaktionären landwirtschaftlichen Ver-

bänden, zum Beispiel dem katholischen Bauernverein und der sogenannten Deutschen Bauernschaft, die Grüne Front. 528

⁴⁵ Ostprogramm — Fortführung der von der Hermann-Müller-Regierung (SPD) begonnenen Politik der sogenannten Osthilfe durch die Regierung Brüning. Das Ostprogramm Brünings sah vor, durch Entschuldung, Subventionen und andere Unterstützungen von einigen Milliarden Mark vor allem den junkerlichen Besitz in den Ostprovinzen auf Kosten der werktätigen Massen zu sanieren. Außerdem wurde mit dem Ostprogramm das strategische Ziel verfolgt, die Ausgangsstellung für einen imperialistischen Krieg gegen die Sowjetunion zu verstärken. 538

⁴⁶ Vorstoß der Metallindustriellen — Der Verband der Berliner Metallindustriellen hatte für Anfang Oktober 1930 einen Abbau des Lohnes der 140 000 Berliner Metallarbeiter um 15 Prozent angekündigt. Die Metallarbeiter — unter Führung der Revolutionären Gewerkschaftsopposition — beantworteten diese Provokation am 15. Oktober mit dem Streik. 616

⁴⁷ Revolutionärer Gewerkschaftskongreß — „Der V. Kongreß der RGI (September 1930) hatte beschlossen, daß die revolutionäre Gewerkschaftsopposition, die sich bis dahin auf die Vertretung der Klasseninteressen der Arbeiter innerhalb der Gewerkschaften konzentriert hatte, zu einer selbständigen Organisation entwickelt werden müsse, die sowohl Mitglieder der Gewerkschaften als auch unorganisierte Arbeiter erfaßt. Dieser Beschluß unterstützte die Austrittsbestrebungen aus den Gewerkschaften, die durch den Verrat der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer hervorgerufen worden waren. Er hat sich als nicht richtig erwiesen, da er die Trennung der revolutionären Kräfte der Arbeiterklasse von der Masse der Gewerkschaftsmitglieder begünstigte.“ (Walter Ulbricht, „Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1955, S. 502/503.) 620

⁴⁸ Leipziger Reichswehrprozeß — Prozeß gegen 3 Offiziere der Reichswehr, der am 23. September 1930 vor dem Reichsgericht in Leipzig begann. Die Klassenjustiz und das Reichswehrministerium unternahmen alles, um die nationalsozialistische Tätigkeit in der Reichswehr zu bagatellisieren. Während Soldaten, die mit der KPD oder anderen revolutionären Organisationen in Verbindung standen, zu hohen Zuchthausstrafen verurteilt wurden, kamen die — auf Grund ihrer Propaganda für die Naziartei — des Hochverrates angeklagten Offiziere mit geringen Freiheitsstrafen davon. Einer der Angeklagten, Leutnant Scheringer, sagte sich im März 1931 vom Faschismus los und reihte sich in die revolutionäre Front zur nationalen und sozialen Befreiung

des deutschen Volkes ein. Richard Scheringer ist heute Mitglied des Parteivorstandes der KPD. 645

⁴⁹ Lausanner Konferenz — tagte vom 20. November 1922 bis zum 24. Juli 1923, wurde auf Initiative Frankreichs, Englands und Italiens zur Beratung der Probleme des Nahen Ostens (Abschluß eines Friedensvertrages zwischen Griechenland und der Türkei, Festlegung der türkischen Grenzen, Annahme einer Konvention über die Meerengen usw.) einberufen. Außer den genannten Ländern nahmen an der Konferenz Japan, Rumänien, Jugoslawien, Griechenland, Bulgarien und die Türkei teil, Vertreter der USA waren als Beobachter anwesend. Sowjetrußland wurde zur Konferenz nur zur Beratung der Frage der Meerengen (Bosporus, Dardanellen) eingeladen. Auf der Konferenz wandte sich die Sowjetdelegation in der Kommission zur Frage der Meerengen gegen das Projekt, die Meerengen für Kriegsschiffe sowohl in Friedens- als auch in Kriegszeiten offenzuhalten. Sie brachte ihr eigenes Projekt ein, laut dem die Meerengen für Kriegsschiffe, welchem Staat sie auch angehören — die Türkei ausgenommen —, vollständig geschlossen werden sollten. Das Projekt der Sowjetdelegation wurde von der Kommission abgelehnt. 664

⁵⁰ Attentatswahlen 1878 — Die Attentate gegen Wilhelm I. im Mai und Juni 1878 dienten Bismarck als Vorwand, um im Reichstage das Sozialistengesetz durchzusetzen. Als der erste Entwurf dieses Gesetzes abgelehnt wurde, löste Bismarck den Reichstag auf. Die Neuwahl am 30. Juli 1878, als Attentatswahlen bekannt, erbrachten die gefügige Mehrheit, die dem Sozialistengesetz zustimmte. 666

⁵¹ Hottentottenwahlen — Nachdem im Reichstage die Bewilligung zusätzlicher Mittel zur Niederschlagung der um ihre Freiheit kämpfenden Hottentotten abgelehnt wurde, löste Reichskanzler von Bülow den Reichstag auf. Die Neuwahlen am 25. Januar 1907 — Hottentottenwahlen genannt — vollzogen sich unter beispiellosem Terror, besonders gegen die revolutionäre Sozialdemokratie. Die Wahlen erbrachten eine Mehrheit für den konservativ-liberalen Block, der die von der Regierung geforderten Gelder bewilligte. 666

⁵² Boxheimer Dokument — von führenden Faschisten bei ihrer Zusammenkunft auf dem Boxheimer Hof bei Lampertsheim (Hessen) im September 1931 gebilligter Entwurf einer Proklamation für den Regierungsantritt der Nazis. Darin werden alle, die die faschistische Diktatur nicht unterstützen, mit der Todesstrafe bedroht. Dieser faschistische Mordplan wurde Ende November 1931 bekannt. 671

⁵³ Groß-Berliner Verkehrsarbeiterstreik — Am 3. November 1932 beantworteten die Berliner Verkehrsarbeiter einen angekündigten Lohnabbau nahezu geschlossen mit dem Streik. Der Streik, von der

RGO und der KPD vorbereitet und geleitet, wurde gegen den Willen der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie ausgelöst und durchgeführt. Der Streik richtete sich zugleich gegen die Notverordnungen und gegen die Politik der Papen-Regierung. Er wurde nach fünftägiger Dauer infolge des Verrats der Reformisten und Faschisten abgebrochen. (Vergleiche Walter Ulbricht, „Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“, Bd. I, Dietz Verlag, Berlin 1955, S. 616 bis 635.) 725

⁵⁴ 20. Juli in Preußen — Am 20. Juli 1932 setzte der von Hindenburg zum Reichskommissar von Preußen ernannte Reichskanzler von Papen die sozialdemokratische Braun-Severing-Regierung in Preußen ab und übergab die vollziehende Gewalt dem Reichswehrminister. Das von der KPD an die Führung der SPD und des ADGB gerichtete Generalstreikangebot wurde von den rechten Führern der SPD abgelehnt. 729

⁵⁵ Gemeint ist die Zustimmung des Vorsitzenden der SPD, Wels, zur Außenpolitik Hitlers am 23. März 1933 vor dem Reichstag. 761

Anhang

Zusammensetzung der Parlamente und der jeweiligen Regierungen, des Preußischen Staatsrats und des Berliner Magistrats

(Während der Zeit der Parlamentstätigkeit Wilhelm Piecks)

REICHSTAGE

IV. Wahlperiode, Wahltermin 20. Mai 1928

	Mandate
Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)	152
Deutschnationale Volkspartei (DNVP)	78
Zentrumspartei (Z)	61
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)	54
Deutsche Volkspartei (DVP)	45
Deutsche Demokratische Partei (DDP)	25
Wirtschaftspartei (WP)	23
Bayrische Volkspartei (BVP)	17
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP)	12
übrige Parteien	23
	<hr/>
	490

In diesem Reichstag saßen zum Beispiel unter den Vertretern der bürgerlichen Parteien 74 Inhaber von Industrie- und Aufsichtsratsposten, 27 Syndici von Unternehmerverbänden, 31 Leiter oder Besitzer bedeutender privatkapitalistischer Unternehmungen, 27 Großagrarien und Rittergutsbesitzer, 74 Vertreter der höheren Staatsbürokratie und Klassenjustiz; allein 46 Abgeordnete der SPD befanden sich in hohen und höchsten Staatsstellen.

Im Prinzip zeigten die folgenden Reichstage den gleichen Charakter.

V. Wahlperiode, Wahltermin 14. September 1930

	Mandate
Sozialdemokratische Partei Deutschlands	143
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei	107
Kommunistische Partei Deutschlands	77
Zentrumspartei	68
Deutschnationale Volkspartei	41
Deutsche Volkspartei	30
Wirtschaftspartei	23
Deutsches Landvolk	22
Bayrische Volkspartei	19
Christlichsozialer Volksdienst	14
Deutsche Staatspartei	14
übrige Parteien	19
	<hr/>
	577

VI. Wahlperiode, Wahltermin 31. Juli 1932

	Mandate
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei	230
Sozialdemokratische Partei Deutschlands	133
Kommunistische Partei Deutschlands	89
Zentrumspartei	75
Deutschnationale Volkspartei	40
Bayrische Volkspartei	22
Deutsche Volkspartei	7
übrige Parteien	12
	<hr/>
	608

VII. Wahlperiode, Wahltermin 6. November 1932

	Mandate
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei	196
Sozialdemokratische Partei Deutschlands	121
Kommunistische Partei Deutschlands	100
Zentrumspartei	70
Deutschnationale Volkspartei	51
Bayrische Volkspartei	19
Deutsche Volkspartei	11
übrige Parteien	16
	<hr/>
	584

VIII. Wahlperiode, Wahltermin 5. März 1933

	Mandate
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei	288
Sozialdemokratische Partei Deutschlands	120
Kommunistische Partei Deutschlands	81
Zentrumspartei	73
Deutschnationale Volkspartei	53
Bayrische Volkspartei	19
übrige Parteien	13
	<hr/>
	647

Die Wahl fand unter schärfstem faschistischem Terror statt; außerdem wurde das Wahlergebnis aufs gröbste gefälscht. Am 9. März 1933 annullierten verfassungswidrig die Faschisten die Mandate der Kommunistischen Partei Deutschlands. Gegen alle kommunistischen Abgeordneten wurde Haftbefehl erlassen.

REICHSREGIERUNGEN

Regierung der Großen Koalition, 28. Juni 1928 bis 27. März 1930

Reichskanzler	Hermann Müller-Franken (SPD)
Vizekanzler	unbesetzt
Auswärtiges	bis 3. Oktober 1929 Gustav Stresemann (DVP) bis 27. März 1930 Julius Curtius (DVP)
Inneres	Carl Severing (SPD)
Finanzen	bis 21. Dezember 1929 Rudolf Hilfer- ding (SPD) bis 27. März 1930 Paul Moldenhauer (DVP)
Wirtschaft	bis 11. November 1929 Julius Curtius (DVP) bis 23. Dezember 1929 Paul Molden- hauer (DVP) bis 27. März 1930 Robert Schmidt (SPD)
Arbeit	Rudolf Wissell (SPD)
Justiz	bis 13. April 1929 Erich Koch-Weser (DDP) bis 27. März 1930 Theodor von Guérard (Z)
Wehr	Wilhelm Groener (parteilos)
Post	Georg Schätzel (BVP)
Verkehr	bis 6. Februar 1929 Theodor von Gué- rard (Z) bis 13. April 1929 Georg Schätzel (BVP) bis 27. März 1930 Adam Stegerwald (Z)
Ernährung und Landwirtschaft	Hermann Robert Dietrich-Baden (DDP)
Besetzte Gebiete	bis 6. Februar 1929 Theodor von Gué- rard (Z) bis 13. April 1929 Carl Severing (SPD) bis 27. März 1930 Joseph Wirth (Z)
Staatssekretär der Reichskanzlei	Hermann Pünder (parteilos)
Pressechef	Walter Zechlin (parteilos)

1. Regierung Brüning, 30. März 1930 bis 7. Oktober 1931

Reichskanzler	Heinrich Brüning (Z)
Vizekanzler	Hermann Robert Dietrich-Baden (DDP, seit 30. Juli 1930 Deutsche Staatspartei)
Auswärtiges	Julius Curtius (DVP)
Inneres	Joseph Wirth (Z)
Finanzen	bis 20. Juni 1930 Paul Moldenhauer (DVP) bis 26. Juni 1930 Heinrich Brüning (Z) bis 7. Oktober 1931 Hermann Robert Dietrich-Baden (DDP)
Wirtschaft	bis 26. Juni 1930 Hermann Robert Dietrich-Baden (DDP) bis 7. Oktober 1931 Ernst Trendelenburg (parteilos)
Arbeit	Adam Stegerwald (Z)
Justiz	bis 5. Dezember 1930 Johann Viktor Bredt (WP) bis 7. Oktober 1931 Kurt Joël (parteilos)
Wehr	Wilhelm Groener (parteilos)
Post	Georg Schätzel (BVP)
Verkehr	Theodor von Guérard (Z)
Ernährung und Landwirtschaft	Martin Schiele (DNVP, seit 22. Juli 1930 Deutsches Landvolk)
Besetzte Gebiete (seit 1. Oktober 1930 aufgehoben)	bis 30. September 1930 Gottfried Reinhold Treviranus (Christliche nationale Arbeitsgemeinschaft, später Konservative Volkspartei)
Staatssekretär der Reichskanzlei	Hermann Pünder (parteilos)
Pressechef	Walter Zechlin (parteilos)

2. Regierung Brüning, 9. Oktober 1931 bis 30. Mai 1932

Reichskanzler und Auswärtiges	Heinrich Brüning (Z)
Vizekanzler und Finanzen	Hermann Robert Dietrich-Baden (Deutsche Staatspartei)

Inneres und Wehr	Wilhelm Groener (parteilos)
Wirtschaft	bis 6. Mai 1932 Hermann Warmbold (parteilos) bis 30. Mai 1932 Ernst Trendelenburg (parteilos)
Arbeit	Adam Stegerwald (Z)
Justiz	Kurt Joël (parteilos)
Post	Georg Schätzel (BVP)
Verkehr	Gottfried Reinhold Treviranus (Kon- servative Volkspartei)
Ernährung und Landwirtschaft	Martin Schiele (Deutsches Landvolk)
Ostsiedlungskommissar	Hans Schlange-Schöningen (Deutsches Landvolk)
5. November 1931 neu eingeführt	
Staatssekretär der Reichskanzlei	Hermann Pünder (parteilos)
Pressechef	Walter Zechlin (parteilos)

Regierung Papen, 1. Juni 1932 bis 17. November 1932

Reichskanzler	Franz von Papen (Zentrum, seit 3. Juni 1932 parteilos)
Vizekanzler	unbesetzt
Äußeres	Konstantin Freiherr von Neurath (par- teilos)
Inneres	Wilhelm Freiherr von Gayl (DNVP)
Finanzen	Johann Ludwig Graf Schwerin von Kro- sigk (parteilos)
Wirtschaft	Hermann Warmbold (parteilos)
Arbeit	Hugo Schäffer (parteilos)
Justiz	Franz Gürtner (DNVP)
Wehr	Kurt von Schleicher (parteilos)
Post und Verkehr	Paul Freiherr Eltz von Rübenach (par- teilos)
Ernährung, Landwirtschaft und Ostsiedlungskommissar ohne Geschäftsbereich	Magnus Freiherr von Braun (DNVP) bis 17. November 1932 Franz Bracht (parteilos), ab 20. Juli 1932 Staats- kommissar für Berlin bis 17. November 1932 Johannes Popitz (parteilos)

Staatssekretär der Reichskanzlei	Erwin Planck (parteilos)
Pressechef	bis 16. August 1932 Heinrich Ritter von Kauffmann-Asser (parteilos) bis 17. November 1932 Erich Marcks (parteilos)

Regierung Schleicher, 3. Dezember 1932 bis 28. Januar 1933

Reichskanzler und Wehr	Kurt von Schleicher (parteilos)
Vizekanzler	unbesetzt
Auswärtiges	Konstantin Freiherr von Neurath (parteilos)
Inneres	Franz Bracht (parteilos)
Finanzen	Johann Ludwig Graf Schwerin von Krosigk (parteilos)
Wirtschaft	Hermann Warmbold (parteilos)
Arbeit	Friedrich Syrup (parteilos)
Justiz	Franz Gürtner (DNVP)
Post und Verkehr	Paul Freiherr Eltz von Rübenach (parteilos)
Ernährung und Landwirtschaft	Magnus Freiherr von Braun (DNVP)
Ostsiedlungskommissar und Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung	Günter Gereke (Deutsches Landvolk)
ohne Geschäftsbereich	Johannes Popitz (parteilos)
Staatssekretär der Reichskanzlei	Erwin Planck (parteilos)
Pressechef	Erich Marcks (parteilos)

Die Minister der Papen- und der Schleicher-Regierung lösten in der Mehrzahl ihre Bindungen zu den Parteien. Sie standen durchweg auf dem äußersten rechten Flügel. Mehrere Minister, zum Beispiel Papen, Schleicher, Neurath, Gayl, Schwerin von Krosigk, waren Mitglieder oder ständige Gäste des Herrenklubs.

PREUSSISCHE LANDTAGE

I. Wahlperiode, Wahltermin 20. Februar 1921

	Mandate
Sozialdemokratische Partei Deutschlands	114
Zentrumspartei	81
Deutschnationale Volkspartei	75
Deutsche Volkspartei	58
Kommunistische Partei Deutschlands	30
Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands	29
Deutsche Demokratische Partei	26
Deutsch-Hannoversche Partei	11
Wirtschaftspartei	4
	<hr/>
	428

II. Wahlperiode, Wahltermin 7. Dezember 1924

	Mandate
Sozialdemokratische Partei Deutschlands	114
Deutschnationale Volkspartei	109
Zentrumspartei	81
Kommunistische Partei Deutschlands	44
Deutsche Volkspartei	45
Deutsche Demokratische Partei	27
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei	11
Wirtschaftspartei	11
Deutsch-Hannoversche Partei	6
Polen	2
	<hr/>
	450

III. Wahlperiode, Wahltermin 20. Mai 1928

	Mandate
Sozialdemokratische Partei Deutschlands	136
Deutschnationale Volkspartei	82
Zentrumspartei	72
Kommunistische Partei Deutschlands	56
Deutsche Volkspartei	40
Deutsche Demokratische Partei	21
Wirtschaftspartei	21
Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei	7
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei	6
übrige Parteien	9
	<hr/>
	450

IV. Wahlperiode, Wahltermin 24. April 1932

	Mandate
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei	162
Sozialdemokratische Partei Deutschlands	94
Zentrumspartei	67
Kommunistische Partei Deutschlands	57
Deutschnationale Volkspartei	31
Deutsche Volkspartei	7
übrige Parteien	5
	<hr/>
	423

V. Wahlperiode, Wahltermin 5. März 1933

	Mandate
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei	211
Sozialdemokratische Partei Deutschlands	80
Zentrumspartei	68
Kommunistische Partei Deutschlands	63
Deutschnationale Volkspartei	43
übrige Parteien	9
	<hr/>
	474

Auch im Preußischen Landtage wurden die Mandate der Kommunistischen Partei Deutschlands im März 1933 von den Faschisten verfassungswidrig annulliert.

PREUSSISCHER STAATSRAT

zusammengetreten am 18. Februar 1930

	Mitglieder
Preußische Arbeitsgemeinschaft (DNVP und DVP)	28
Sozialdemokratische Partei Deutschlands	22
Zentrumspartei	19
Kommunistische Partei Deutschlands	6
Deutsche Demokratische Partei	3
Wirtschaftspartei	3
	<hr/>
	81

PREUSSISCHE REGIERUNGEN

2. Regierung Braun, 7. November 1921 bis 23. Januar 1925

Ministerpräsident	Otto Braun (SPD)
Inneres	Carl Severing (SPD)
Finanzen	bis 6. Januar 1925 Ernst von Richter (DVP)
Justiz	Hugo Am Zehnhoff (Z)
Wissenschaft, Kunst und Volksbildung	bis 6. Januar 1925 Otto Boelitz (DVP)
Landwirtschaft	Hugo Wendorff (DDP)
Handel	Wilhelm Siering (SPD)
Volkswohlfahrt	Heinrich Hirtsiefer (Z)

Regierung Marx, 18. Februar bis 20. Februar 1925

Ministerpräsident	Wilhelm Marx (Z)
Inneres	Carl Severing (SPD)
Finanzen	Hermann Höpker-Aschoff (DDP)
Justiz	Hugo Am Zehnhoff (Z)
Wissenschaft, Kunst und Volksbildung	Carl Heinrich Becker (DDP), Fachmini- ster
Landwirtschaft	Heinrich Steiger (Z)
Handel	Walter Schreiber (DDP)
Volkswohlfahrt	Heinrich Hirtsiefer (Z)

3. Regierung Braun, 4. April 1925 bis 20. Juli 1932

Ministerpräsident	Otto Braun (SPD)
Inneres	bis 6. Oktober 1926 Carl Severing (SPD) bis 8. Februar 1930 Albert Grzesinski (SPD) bis 21. Oktober 1930 Heinrich Waentig (SPD) bis 20. Juli 1932 Carl Severing (SPD)

Finanzen	bis 12. Oktober 1931 Hermann Höpker-Aschoff (DDP) bis 20. Juli 1932 Otto Klepper (SPD)
Justiz	bis 5. März 1927 Hugo Am Zehnhoff (Z) bis 20. Juli 1932 Hermann Schmidt (Z)
Wissenschaft, Kunst und Volksbildung	bis 30. Januar 1930 Carl Heinrich Becker (DDP) Fachminister bis 20. Juli 1932 Adolf Grimme (SPD) Fachminister
Landwirtschaft	Heinrich Steiger (Z)
Handel	Walter Schreiber (DDP)
Volkswohlfahrt	Heinrich Hirtsiefer (Z)

Die Regierung Braun trat am 19. Mai 1932 zurück, blieb aber als geschäftsführende Regierung weiter im Amt. Am 20. Juli 1932 setzte Franz von Papen durch Staatsstreich die Regierung Otto Braun ab und übernahm als Reichskommissar selbst die Führung der Geschäfte.

STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG VON GROSS-BERLIN

Wahltermin 17. November 1929

	Mandate
Sozialdemokratische Partei Deutschlands	66
Kommunistische Partei Deutschlands	54
Deutschnationale Volkspartei	40
Deutsche Volkspartei	16
Deutsche Demokratische Partei	14
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei	13
Wirtschaftspartei	10
Zentrumspartei	8
übrige Parteien	4
	<hr/>
	225

MAGISTRAT VON GROSS-BERLIN

Wahltermin 14. April 1931

	Mitglieder
Sozialdemokratische Partei Deutschlands	10
Staatspartei	2
Deutsche Volkspartei	2
Zentrumspartei	1
Wirtschaftspartei	1
Kommunistische Partei Deutschlands	1
Parteilos	1
	<hr/>
	18

Der Angehörige der Kommunistischen Partei Deutschlands wurde vom Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg nicht bestätigt.

Im Zeitraum zwischen der Wahl zur Stadtverordnetenversammlung vom 17. November 1929 und der Errichtung der faschistischen Diktatur veränderte sich die Zusammensetzung des Magistrats von Groß-Berlin. Die Zahl der Magistratsmitglieder sank von 24 auf 15. Die politische Zusammensetzung verschob sich zu Gunsten der Reaktion. Das drückte sich unter anderem darin aus, daß die gewählten Mitglieder der KPD seit 1931 nicht mehr bestätigt wurden. Die SPD verlor im März 1932 die Mehrheit im Magistrat.

Die angeführte Zusammensetzung ergab sich nach der Wahl des neuen Oberbürgermeisters, der beiden Bürgermeister und der unbesetzten Magistratsmitglieder am 14. April 1931.

DIE WICHTIGSTEN BURGERLICHEN PARTEIEN
DER WEIMARER REPUBLIK

Deutschnationale Volkspartei (DNVP)

vertrat die Interessen der Großgrundbesitzer, Großbauern, des reaktionären Offizierkorps, der höheren Beamtenschaft und von Teilen der Schwerindustrie.

Deutsche Volkspartei (DVP)

vertrat die Interessen der Schwerindustrie und des Bankkapitals.

Deutsche Demokratische Partei (DDP)

vertrat die Interessen des Bank-, Börsen- und Handelskapitals.

Zentrumspartei (Z)

vertrat die Interessen der katholischen Großindustriellen und Großgrundbesitzer.

Bayrische Volkspartei (BVP)

1919 aus der bayrischen Organisation des Zentrums hervorgegangen. Vertrat die Interessen der bayrischen Handels- und Industriebourgeoisie und trat als äußerster rechter Flügel des Zentrums in Erscheinung.

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP)

vertrat die Interessen des am meisten reaktionären, am meisten chauvinistischen und aggressiven Teiles des Finanzkapitals.

INHALT

Vorbemerkung	5
REDEN IN DER BREMER BURGERSCHAFT (1906—1909) ...	9—69
Für die gerechten Forderungen der Bremer Eisenbahner! (2. Mai 1906)	11
Zur Unterstützung der Arbeiter-Schöffen (17. Oktober 1906).	20
Krankenfürsorge für Dienstboten	24—27
I (16. Januar 1907)	24
II (16. Januar 1907)	26
Wir fordern den Achtstudentag und Mindestlöhne! (6. Februar 1907)	28
Für mich gilt das Wort der Arbeiter!	37—43
I (13. März 1907)	37
II (13. März 1907)	41
Nochmals zur Unterstützung der Arbeiter-Schöffen (12. Juni 1907)	44
Für unentgeltlichen Unterricht und Lernmittelfreiheit an den Bremer Volksschulen!	46—56
I (30. September 1908)	46
II (30. September 1908)	52
III (20. Februar 1909)	54
Gegen die Unterdrückung der Werkstätigen durch die reak- tionäre Landgemeindeordnung (24. November 1909)	57
REDEN IM PREUSSISCHEN LANDTAG, DEUTSCHEN REICHSTAG, IN DER BERLINER STADTVERORDNETEN- VERSAMMLUNG UND IM PREUSSISCHEN STAATSRAT (1921—1933)	71—782
Hintergründe der Verschlechterung der Geschäftsordnung im Preußischen Landtag (Preußischer Landtag)	73—84
I (22. November 1921)	73
II (22. November 1921)	74
III (23. November 1921)	81

Für den gemeinsamen Kampf der deutschen und der polnischen Arbeiter Oberschlesiens gegen Verelendung und chauvinistische Hetze! (Preußischer Landtag · 4. Oktober 1922)	85
Bekämpft den Faschismus, die Hoffnung der internationalen Reaktion! (Preußischer Landtag · 24. November 1922)	107
Freilassung der revolutionären politischen Gefangenen! (Preußischer Landtag · 10. Februar 1925)	140
Wir fordern sofortige Hilfe für die Opfer der Explosionskatastrophe in Dortmund (Preußischer Landtag · 18. Februar 1925).....	142
Die KPD kämpft für die Schaffung einer Einheitsfront aller Werktätigen in Stadt und Land (Preußischer Landtag · 19. Februar 1925)	144
Regierungskrise — das Proletariat wird zur Tagesordnung übergehen (Preußischer Landtag · 3. April 1925).....	160
Für Umbildung der preußischen Regierung auf Grundlage der Mindestforderungen der Kommunistischen Partei Deutschlands! (Preußischer Landtag · 24. Juni 1925).....	171
Gegen den Terror der reaktionären Polizei (Preußischer Landtag)	174—176
I (24. Juni 1925)	174
II (24. Juni 1925)	175
III (24. Juni 1925)	175
Keinen Steuergroschen für verkrachte Stinnes-Unternehmungen! (Preußischer Landtag · 30. Juni 1925).....	177
Solidarität mit den revolutionären Arbeitern und Bauern Ungarns! (Preußischer Landtag).....	179—182
I (14. Oktober 1925)	179
II (15. Oktober 1925)	181
Volksentscheid gegen Fürstenabfindung (Preußischer Landtag)	183—186
I (2. Dezember 1925)	183
II (2. Dezember 1925)	184
Rechtsputsch droht! (Preußischer Landtag)	187—193
I (3. Dezember 1925)	187
II (3. Dezember 1925)	191
III (3. Dezember 1925)	192
Zur Lage der werktätigen Schichten in Deutschland 1925/1926 (Preußischer Landtag · 9. Dezember 1925).....	194

Linksblock gegen Offensive der Reaktion (Preußischer Landtag · 29. Januar 1926)	212
Verbrecher im Richterkleid — Werkzeuge gegen die Kommunistische Partei Deutschlands (Preußischer Landtag)	239—247
I (1. März 1926)	239
II (1. März 1926)	241
Nicht für Fürstenabfindung, sondern Fürstenenteignung! (Preußischer Landtag · 21. April 1926)	248
I (14. Mai 1926)	251
Demonstrationsfreiheit für die Arbeiterklasse gegen monarchistische Demonstrationen! (Preußischer Landtag)	251—255
II (14. Mai 1926)	253
Einheitsfront zum Schutz der Republik (Preußischer Landtag)	256—273
I (18. Mai 1926)	256
II (18. Mai 1926)	264
Des Volkes Wille gegen den Schandvergleich mit den Hohenzollern! (Preußischer Landtag)	274—299
I (6. Oktober 1926)	274
II (11. Oktober 1926)	277
III (11. Oktober 1926)	279
IV (11. Oktober 1926)	281
V (11. Oktober 1926)	283
VI (11. Oktober 1926)	285
VII (11. Oktober 1926)	288
VIII (12. Oktober 1926)	290
IX (12. Oktober 1926)	291
X (12. Oktober 1926)	293
XI (14. Oktober 1926)	295
XII (15. Oktober 1926)	297
XIII (15. Oktober 1926)	299
Werkttätige, laßt euch das Koalitionsrecht nicht rauben! (Preußischer Landtag · 10. November 1926)	300
Antisowjethetze zur Verschleierung arbeiterfeindlicher Politik (Preußischer Landtag · 9. Dezember 1926)	312
Einheitsfront aller Werkttätigen gegen die Offensive der Reaktion (Preußischer Landtag · 15. Dezember 1926)	327
Kampf für die Befreiung der proletarischen politischen Gefangenen! (Preußischer Landtag · 18. Januar 1927)	349

Bruch mit dem blutigen Bethlen-Regime — Solidarität mit der ungarischen Arbeiterbewegung! (Preußischer Landtag . 16. März 1927)	362
Weg mit den Willensvollstreckern des schwarzblauen Bürgerblocks! (Preußischer Landtag . 1. April 1927).....	364
Gegen Stahlhelmterror und Polizeiprovokation! (Preußischer Landtag)	366—370
I (4. Mai 1927)	366
II (28. Juni 1927)	368
Keine Koalitionspolitik, sondern Kampf gegen die Kapitalsoffensive, für ein Bündnis der Arbeiter und Bauern! (Preußischer Landtag . 16. Dezember 1927).....	371
Die Preußenregierung — ein willfähiges Werkzeug des Bürgerblocks (Preußischer Landtag).....	392—418
I (17. Februar 1928)	392
II (9. März 1928)	405
Schutzmaßnahmen — nicht leere Beileidsbezeugungen! Zum Grubenunglück in Erkenschwick (Preußischer Landtag . 1. März 1928)	419
Die arbeiterfeindliche Politik der preußischen Koalitionsregierung (Preußischer Landtag . 30. März 1928)	421
Proletarische Einheitsfront gegen bürgerliche Koalitionspolitik! (Preußischer Landtag . 11. Juni 1928).....	424
1. Mai 1929 — die Berliner Arbeiter greifen zum Selbstschutz! (Reichstag)	439—443
I (2. Mai 1929)	439
II (3. Mai 1929)	441
Nicht Lüge noch Verbot kann uns hindern, die Massen zu führen! (Reichstag . 7. Juni 1929).....	444
Das Republikschutzgesetz — ein Werkzeug zur verschärften Unterdrückung der Arbeiterklasse! (Reichstag).....	459—482
I (27. Juni 1929)	459
II (4. Dezember 1929)	463
III (4. Dezember 1929)	478
Geschäftsordnung soll Vertretung der Arbeiterinteressen abwürgen (Reichstag . 11. Dezember 1929).....	483
Das Trustkapital diktiert — die Regierung pariert (Berliner Stadtverordnetenversammlung)	494—506

I (20. Dezember 1929)	494
II (20. Dezember 1929)	500
Das „Selbstverwaltungsgesetz“ — ein Ausnahmegesetz gegen das rote Arbeiter-Berlin! (Berliner Stadtverordnetenversammlung · 18. März 1930).....	507
Nieder mit der Regierung des Bürgerblocks! (Reichstag · 2. April 1930).....	519
Gegen die verstärkte Ausplünderung der werktätigen Bevölkerung Berlins! Berliner Stadtverordnetenversammlung · 10. April 1930)	540
Die Scheinopposition der SPD soll die Arbeiterklasse vom Kampf gegen die Brüning-Regierung zurückhalten! (Reichstag , 14. April 1930)	552
Die Nationalsozialisten — Soldknechte der Bourgeoisie (Berliner Stadtverordnetenversammlung · 29. April 1930).....	560
Finanzprogramm der Brüning-Regierung — Ausplünderungsprogramm gegen die Werktätigen (Berliner Stadtverordnetenversammlung · 15. Mai 1930).....	563
Gegen jede Fahrpreiserhöhung bei der Berliner Verkehrsgesellschaft! (Berliner Stadtverordnetenversammlung · 3. Juni 1930).....	573
Gegen Justizterror, Fememord und Nazibanden! (Reichstag · 21. Juni 1930).....	581
Die Praxis der Naziminister entlarvt die faschistische Demagogie! (Preußischer Staatsrat · 24. Juni 1930).....	596
Gegen den Immunitätsraub an kommunistischen Abgeordneten (Reichstag · 4. Juli 1930).....	599
Gegen betrügerisches Wahlmanöver! (Berliner Stadtverordnetenversammlung · 18. September 1930).....	604
Gegen die Wirtschafts- und Kommunalpolitik Brünings — für eine Kommunalpolitik im Interesse der Werktätigen! (8. Deutscher Städtetag · 26. September 1930).....	610
Zum Berliner Metallarbeiterstreik 1930 (Berliner Stadtverordnetenversammlung · 2. Oktober 1930).....	616
Gesetzentwurf zur Verschlechterung der Notverordnung (Preußischer Staatsrat · 3. Oktober 1930).....	621
Zur Lage in Deutschland nach den Reichstagswahlen 1930 (Reichstag · 17. Oktober 1930).....	636

Berliner Wohnungsnot — im Kapitalismus ein unlösbares Problem (Berliner Stadtverordnetenversammlung · 22. Oktober 1931)	655
Die Nazi­partei — eine Partei des Volksbetruges und des Arbeitermordes (Preußischer Landtag).....	659—662
I (25. Mai 1932)	659
II (25. Mai 1932)	659
III (25. Mai 1932)	661
Freiheit und Brot — darum Kampf gegen Faschismus und Krieg! (Preußischer Landtag · 2. Juni 1932).....	663
Gegen die Wahl eines faschistischen Landtagspräsidiums (Preußischer Landtag)	690—695
I (22. Juni 1932)	690
II (22. Juni 1932)	692
III (22. Juni 1932)	694
Gegen das Verbot des „Vorwärts“ (Preußischer Landtag · 6. Juli 1932).....	696
Die Berliner Selbstverwaltungsreform — ein Betrug an den Massen (Berliner Stadtverordnetenversammlung · 4. Oktober 1932).....	699
Papen-Kurs: Raub der Rechte des werktätigen Volkes (Berliner Stadtverordnetenversammlung · 25. Oktober 1932)	712
Für eine feste Einheitsfront aller Werktätigen gegen die Schleicher-Regierung! (Reichstag · 7. Dezember 1932)	723
Antifaschistische Einheitsfront gegen die Hitler-Papen-Hugenberg-Diktatur (Preußischer Landtag).....	738—756
I (4. Februar 1933)	738
II (4. Februar 1933)	739
III (4. Februar 1933)	739
Vorwärts zum Sturz des Faschismus! (23. März 1933).....	758
ANMERKUNGEN	763
ANHANG	773
Zusammensetzung der Parlamente und der jeweiligen Regierungen, des Preußischen Staatsrats und des Berliner Magistrats	775—788
Reichstage	775
Reichsregierungen	778
Preußische Landtage	782

Preußischer Staatsrat	783
Preußische Regierungen	784
Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin	786
Magistrat von Groß-Berlin	787
Die wichtigsten bürgerlichen Parteien der Weimarer Republik	788